



**BLICKPUNKT
MIGRATIONSGESELLSCHAFT**

IM DIALOG MIT DER

**B
E
W
E
G
L
I
C
H
E
N

M
I
T
T
E**

EINE PUBLIKATION VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE E.V.

IMPRESSUM

Blickpunkt Migrationsgesellschaft: Im Dialog mit der beweglichen Mitte

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Redaktion: Liane Czeremin (Kontakt: czeremin@gegen-vergessen.de),

Amat Al-Aziz Brenn

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Satz und Layout: Anna-Maria Roch, Berlin

Druck: addprint AG, 2022

ISBN 978-3-982 4031-9-9

INHALT

- 5 Einleitung**
- 11 Krisenstimmung: Die „bewegliche Mitte“ kann kippen.**
Simon Storks
- 21 Gefährlich für die Demokratie? Eine politische Einordnung des Corona-Protests**
Edgar Grande, Sophia Hunger, Swen Hutter, Eylem Kanol und Daniel Saldivia Gonzatti
- 33 Sehnsucht nach Gemeinschaft und Sinn: was sich in der Frontenbildung entlang der Corona-Maßnahmen zeigt und wie ein Dialog (wieder) möglich wird.**
Ute Fischer
- 47 Nur Mut! Ein Projekt, um die „bewegliche Mitte“ Herrenbergs zu ermutigen, (weiter) Zivilcourage zu zeigen**
Helen Ahner, Manuela Epting, Alexander Renz, Vanessa Watkins
- 56 Das Format „Debatten-Café Stimmungsbarometer“**
Michael Weinberg
- 59 Antirassismusbeauftragter des Chemnitzer Fußballclubs – ein systemischer Selbstversuch**
Martin Ziegenhagen
- 67 Wie wirken sich die Krisen der vergangenen Jahre für die Organisation ehrenamtlicher Arbeit vor Ort aus?**
Patrick Kolzuniak
- 79 Im Dialog mit der beweglichen Mitte: Handlungsempfehlungen**
Liane Czeremin
- 91 Die Autorinnen und Autoren**



EINLEITUNG



Migrationskrise, Klimakrise, Corona-Krise, Russlands Krieg gegen die Ukraine, Inflation und Energiekrise: Die westlichen Demokratien sind in den vergangenen Jahren unter dauerhaften Druck geraten. Symptome ungelöster Konflikte und Bedrohungslagen nehmen größere Ausmaße an, in Deutschland ist die Gesellschaft zudem durch einen hohen Krankenstand und die Zunahme psychischer Erkrankungen geschwächt. Um offene Gesellschaften in Krisenzeiten wie dieser zu stabilisieren, bedarf es großer Kraftanstrengungen sowohl von staatlicher als auch von zivilgesellschaftlicher Seite, die zugleich mehr in den Blick nehmen, als das derzeit oft konstatierte „Fahren auf Sicht“ ermöglicht. Eine wichtige Zielgruppe dieser Kraftanstrengungen machen Menschen aus der Mitte der Gesellschaft aus, die potenziell Funktionen als „Anker und Brückenbauer*innen“ (Seite 15) ausfüllen können.

In der Vorläuferpublikation zum vorliegenden Band („Blickpunkt Migrationsgesellschaft. Die bewegliche Mitte als Zielgruppe der politischen Bildung“, Berlin 2020) haben wir diese Funktionen ausführlich beschrieben. Im Mittelpunkt standen Schlussfolgerungen aufgrund von Studien über Einstellungen in der Bevölkerung zur Migrationsgesellschaft. Unter anderem gründeten die Überlegungen auf der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken“ (Bonn 2019). Ein zentrales Ergebnis dieser Studie war, dass die Gesellschaft in diesen Fragen nicht in zwei Lager gespalten, sondern in mehrere Gruppen fragmentiert sei. Die größte Gruppe macht dabei laut der Studie die der „beweglichen Mitte“ aus, die zu Fragen der Einwanderungspolitik keine feste Vertretung hat, differenzierte Positionen vertritt und in der öffentlichen Debatte nicht so sichtbar ist wie die lauten Vertreterinnen und Vertreter der gesellschaftlichen Pole.

Wir haben den Mitautor der Studie Simon Storks von der Agentur Pollytix nun um ein Update gebeten, das die neu oder wieder aufgetretenen Konfliktthemen wie Corona-Pandemie, Angriffskrieg gegen die Ukraine, Klimaerwärmung und Energiekrise/Inflation mit aufgreift. Sein Befund ist erst einmal ernüchternd, denn nach Storks Auffassung steht die „bewegliche Mitte“ an einem möglichen Kippunkt. Nachdem sie in den vergangenen Jahren zunächst immer leiser und

unsichtbarer geworden sei, werde aus dem Schweigen immer häufiger eine „schweigende Billigung“. (Seite 18)

Dabei waren die Jahre 2020 und 2021 am stärksten von der Corona-Pandemie geprägt. Mit den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen haben sich Konfliktlinien verschoben, sind neue Allianzen entstanden, die von Sicherheitskräften und Medien als vornehmlich antidemokratisch bezeichnet wurden, aber auf der gesellschaftlichen Rechts-Mitte-Links-Leiste nicht mehr eindeutig zu verorten waren. Mit anderen Worten: Die Lage wurde unübersichtlich.

Das Zentrum für zivilgesellschaftliche Forschung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) hat Befragungen durchgeführt, die an dieser Stelle mehr Klarheit gebracht haben. Das Autorenteam des Zentrums hat einen zusammenfassenden Text erarbeitet, der die zentralen Ergebnisse ihrer Studien pointiert aufbereitet. Zwei Erkenntnisse sind für uns besonders wichtig: Die „Corona-Protestversther:innen“ verorten sich demnach mehrheitlich selbst in der Mitte der Gesellschaft. (Seite 26) Und: Die größte Gemeinsamkeit dieser Gruppe bestehe nicht in der Forderung, dass der Staat und ihre Eliten delegitimiert werden sollten, sondern darin, dass das Vertrauen in das Funktionieren der Institutionen der Demokratie erschüttert sei. (Seite 30) Das ist ein wichtiger Unterschied. 30 Prozent der Protestversther:innen fühlten sich von Parteien nicht repräsentiert. Die Gefahr für die Demokratie bestehe darin, dass rechtsextreme Akteurinnen und Akteure es geschafft haben, im Verlauf der Pandemie innerhalb der protestierenden Gruppen immer sichtbarer und meinungsstärker zu agieren, und für eine zunehmende Radikalisierungs- und Gewaltbereitschaft sorgen.

Analysiert hat solche Befunde auch die Professorin für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Dortmund Ute Fischer. Sie hat unter anderem Tiefeninterviews mit Unterstützerinnen und Unterstützern der Corona-Proteste geführt. Ihre These: Hinter der Vertrauenskrise stecke eine Sinnkrise (Seite 36), es fehle an Orientierung.

Vertrauensverluste, Kippunkte, Radikalisierungstendenzen, Zuspitzung der Krisensymptomatik. Nach Ansicht von Simon Storks und Ute Fischer liegt die Lösung in einer verbesserten Kommunikation, in einem neu formierten gesell-

schaftlichen Dialog. Der Wissenschaftler und die Wissenschaftlerin probieren mit dem „Bunten Sofa“ und den Diskussionsworkshops im Rahmen der Studie „Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog“ selbst Gesprächsformate aus und wagen den Schritt von der wissenschaftlichen Erhebung in die praktische Gestaltung von Kommunikation.

Die Erkenntnis, dass neue Formen des Dialogs notwendig sind, ist natürlich nicht neu. Bekanntestes etabliertes Beispiel für neue Dialogformate ist das von ZEIT online initiierte „Deutschland spricht“. Wer dort mitmachen will, kann sich anmelden, Fragen zu aktuellen Themen beantworten und sich über einen Algorithmus für ein Streitgespräch an jemandem vermitteln lassen, der die Fragen anders beantwortet hat als die Person selbst. Mittlerweile haben sich viele weitere Medien der Aktion angeschlossen, sodass einmal im Jahr Zehntausende Menschen jeweils mit einem Andersdenkenden sprechen und streiten.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat überdies ein eigenes Qualifizierungsprogramm „Miteinander reden“ (<https://miteinanderreden.net>) aufgelegt, über das Initiatoren aus dem ländlichen Raum Mittel für Projekte beantragen können. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Kooperationspartner des Programms. Darüber hinaus gibt es auf lokaler Ebene zahlreiche Versuche für neue Dialogprojekte, mit denen versucht wird, Menschen aus unterschiedlichen Milieus zu erreichen. Als Anregung für die Praxis stellen wir in dieser Publikation drei Beispiele vor, aus denen man – so finden wir – einiges lernen kann:

- das Projekt Mutmobil der Partnerschaft für Demokratie Herrenberg,
- das Debatten-Café Stimmungsbarometer des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern und
- das Vorgehen des Antirassismusbeauftragten des Chemnitzer Fußballclubs.

Außerdem haben wir erkannt, dass es ein gutes, in vieler Hinsicht nützliches Werkzeug gibt, um Menschen aktiv in die lokale Gesellschaft einzubinden und zu erreichen, dass sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Herkünften, Stärken und Interessen auch eingebunden fühlen: das Ehrenamt. Ehrenamtliche sind sehr wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie. Ohne sie

wäre unser System nur eine leblose Hülle. Ob als Sporttrainerin, Feuerwehrmann, Nachbarschaftshelferin oder Begleiter von Sterbenskranken: Das Ehrenamt erfüllt an vielen Stellen seinen sinnvollen Zweck. Auf der anderen Seite profitieren auch die Ehrenamtlichen von ihrem Einsatz: Sie merken, dass sie einen Unterschied machen können, dass es sich lohnen kann, sich für die Gesellschaft einzubringen, dass sie selbst ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft sind. Aus diesem Erkennen heraus kann neues Vertrauen in eine demokratische Gesellschaft entstehen, die auf das Engagement und die Teilhabe des Einzelnen angewiesen ist.

Deshalb haben wir in einem Exkurs einen Beitrag des Ehrenamtskoordinators Patrick Kolzuniak aus Salzgitter aufgenommen. Kolzuniak hat in den vergangenen Jahren beobachtet, dass auch Ehrenamtliche immer öfter an ihre Grenzen stoßen. Er fordert eine Offensive für die Teilhabe vor Ort über eine verstärkte Förderung des Ehrenamtes. Eine Forderung, die wir unterstützen.

Schließlich fügen wir die Gedanken der Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes in einem abschließenden Beitrag zusammen, indem wir in ihren Analysen und Beispielen entworfene Handlungsempfehlungen zusammentragen, die uns für die Entwicklung funktionierender Dialogformate auf kommunaler Ebene oder auch für die Zielgruppen von Migrantenorganisationen sinnvoll erscheinen. Berücksichtigt werden hierbei auch Erkenntnisse aus einem Fachgespräch, das wir im September 2022 hybrid in den Räumen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand geführt haben. Wir bedanken uns für die Teilnahme an diesem Fachgespräch herzlich bei:

- Kaan Bağcı und Martin Gerlach von der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD),
- Heike Herber-Fries von der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V.,
- Patrick Kolzuniak vom FreiwilligenZentrumSalzgitter,
- Daniel Saldivia Gonzatti vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
- Simon Storks von pollytix,

- Vanessa Watkins vom Team Beteiligung & Engagement / Partnerschaft für Demokratie Herrenberg und
- Michael Weinberg vom Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE).

Hauptanliegen dieses Bandes ist es, einen Fokus auf die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu richten, die potenziell als „Anker und Brückenbauer*innen“ agieren können, um auch in Krisenzeiten ein friedliches Miteinander in der Migrationsgesellschaft zu ermöglichen. Dies ist ein Ziel des Kompetenznetzwerkes für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft, das vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (www.demokratie-leben.de) gefördert wird und in dem Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit den Kooperationspartnern Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V., dem Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst, der Schwarzkopfstiftung Junges Europa e.V. und neue deutsche organisationen e.V. wirkt.

Auf Grundlage dieser Publikation wollen wir im Jahr 2023 ein Pilotprojekt hierzu auf lokaler Ebene begleiten. Wenn Sie, liebe Leserin oder lieber Leser, selbst eines planen sollten, nehmen Sie gern Kontakt zu uns auf. Auch wenn Sie uns zu den von uns erarbeiteten Handlungsempfehlungen Rückmeldungen geben möchten, freuen wir uns sehr. Empfehlen möchten wir Ihnen in diesem Zusammenhang auch unsere parallel erscheinende Publikation „Der Wertemilieuanatz in der politischen Bildung – Hintergründe, Potenziale und Handlungsempfehlungen“.

Kontakt: Liane Czeremin (czeremin@gegen-vergessen.de)



**KRIENSTIMMUNG:
DIE „BEWEGLICHE MITTE“
KANN KIPPEN**

SIMON STORKS

Wir sehen derzeit eine deutliche Verschärfung der gesellschaftlichen Debatte, besorgniserregende Vertrauensverluste gegenüber der Politik, einen deutlich gewaltbereiten Rand der Gesellschaft und eine gesellschaftliche Mitte, die nicht mehr bereit oder in der Lage ist, antidemokratischen Tendenzen entgegenzutreten, und zu kippen droht. In dieser Zeit ist es zentraler denn je, den Dialog mit der „beweglichen Mitte“ zu suchen und zu stärken.

polltix ist eine Agentur für strategische Meinungsforschung, die sich mittels quantitativer und qualitativer Methoden aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen widmet. Durch eine Vielzahl an Forschungsprojekten erhalten wir stets eine evidenzbasierte Stimmungslage der deutschen Gesellschaft. Seit einigen Monaten zeichnet sich dabei ein konsistentes Bild ab: Der gesellschaftliche Diskurs hat sich verschärft. Fast unabhängig vom Thema – egal ob wir zu Einstellungen gegenüber Klimaschutz, Steuerpolitik, Landes- oder Kommunalpolitik forschen – kocht die Stimmung vergleichsweise schnell hoch. Deutlich schneller als in den vergangenen Jahren oder auch noch vor wenigen Monaten.

Doch nicht nur der Ton der Debatten wird rauer. Tabugrenzen werden zunehmend überschritten, rote Linien schwinden. Vor allem an den Rändern der Gesellschaft ist eine Enthemmung festzustellen, die im Extremen bis hin zu Gewaltbereitschaft reicht. Beispiele dafür gibt es zahlreich in der jüngsten Zeit: Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, Angriffe auf Kommunalpolitiker:innen, Ausschreitungen auf Querdenken-Demonstrationen bis hin zur Ermordung eines Tankstellenmitarbeiters.

Begleitet wird dies von besorgniserregenden Vertrauensverlusten in der Mitte der Gesellschaft. „Klassische“ Politikverdrossenheit begegnet uns in der Forschung seit Jahren. Doch ihre Qualität hat sich in letzter Zeit deutlich verändert. Es wird nicht mehr nur über „die Politik“ geschimpft, sondern in der Breite leidet das Vertrauen in die Demokratie, in die Justiz und vor allem in die Medien. Ohne Übertreibung kann derzeit von einer Vertrauenskrise der demokratischen Institutionen gesprochen werden.

Ein sich verschärfender Ton, teilweise gewaltbereite gesellschaftliche Ränder und eine tiefgreifende Vertrauenskrise – gerade in dieser Melange braucht es eine krisenfeste Mitte. Doch auch die „bewegliche Mitte“ droht aktuell zu kippen. Es gibt eine Vielzahl an Befunden, die auf diese reale Gefahr hindeuten. Offenkundig wird dies in der Beobachtung, dass die „bewegliche Mitte“ antidemokratischen Tendenzen derzeit nicht immer oder nicht immer ausreichend entgegentritt. Entweder, weil sie nicht (mehr) kann oder weil sie nicht mehr dazu bereit ist. Es gilt ihre Fähigkeit und Bereitschaft wieder zu stärken.

Darum ist die Frage nach dem Dialog mit der „beweglichen Mitte“ vielleicht wichtiger denn je.

DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT IST FRAGMENTIERT UND NICHT GESPALTEN.

Wer ist die „bewegliche Mitte“ und warum sollte ihr bei der Entwicklung von Dialogformaten eine besondere Rolle beigemessen werden?

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Gruppe, die wir als „bewegliche Mitte“ bezeichnen. Das Konzept der „beweglichen Mitte“ fußt auf zwei Studien, die pollytix für die Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat.

Die erste Studie (Faus, Storks 2019) widmete sich Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Flucht, Migration und Einwanderung. Ausgangspunkt war die den politischen Diskurs nach 2015 stark bestimmende These, „dass sich die Bevölkerung grob in zwei Gruppen spaltet, deren sozioökonomische Lebenswirklichkeiten und soziale Lagen sich derart stark unterscheiden, dass daraus zugleich diametral gegenüberstehende Einstellungen und kontrastierende Interessen erwachsen“. (ebd.) Auf der einen Seite Bürger:innen mit eher niedrigem Bildungshintergrund in mitunter prekären Lebenslagen, die Migration und Einwanderung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Auf der anderen

Seite finanziell abgesicherte Bürger:innen, häufig Akademiker:innen, mit sozialliberalen Einstellungen hinsichtlich kultureller Fragen und Identitätspolitik. Die Ergebnisse unserer Studie widersprechen dieser Polarisierungsthese: „Neben einer eher weltoffen-pluralistischen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend befürwortet, und einer eher national-traditionellen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend ablehnt, gibt es vor allem eine breite Mitte, welche die verschiedenen Facetten von Zuwanderung differenziert bewertet und sich weniger deutlich positioniert.“ (ebd.) Diese breite Mitte umfasst etwa die Hälfte der Bevölkerung. Sie ist weder Teil eines lautstarken Pols noch festgefahren in ihren Einstellungen und Überzeugungen, sondern eben eine „bewegliche Mitte“. Sie findet sich nicht nur bei Fragen von Migration und Einwanderung, sondern auch bei anderen zentralen gesellschaftspolitischen Konfliktlinien, aktuell beispielweise bei Fragen der Klimapolitik. Demografisch entspricht die „bewegliche Mitte“ – auch bedingt durch ihre Größe – in etwa dem Bevölkerungsschnitt hinsichtlich Bildung, Geschlecht, Alter und Wohnort (Stadt/Land).

Diese Dreiteilung der Gesellschaft in „national Orientierte“, eine „bewegliche Mitte“ und „weltoffen Orientierte“ ist selbstverständlich eine Vereinfachung. Denn innerhalb der „beweglichen Mitte“ lassen sich weitere verschiedene Einstellungsgruppen ausdifferenzieren. Sie ist keinesfalls eine einstellungshomogene Gruppe. Trotz der Abstraktion stellt die Dreiteilung die Polarisierungsthese infrage, denn sie zeigt: Die deutsche Gesellschaft ist nicht gespalten, sie ist fragmentiert.

Anders als in der ersten Studie, die den Fokus vor allem auf das Trennende legte, sind wir in einer anschließenden zweiten Studie (Faus, Hartl 2020) auf der Suche nach möglichen „Brückenthemen“, also nach etwas, das die drei Gruppen vereint. Das Ergebnis der Studie war einerseits ernüchternd, ermöglichte aber auch einen positiven Ausblick. Ernüchternd war, dass sich keine „Brückenthemen“ identifizieren ließen. Dazu fehlte vor allem den „weltoffen“ sowie den „national Orientierten“ ein gemeinsames Verständnis davon, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen. Doch der Forschungsprozess selbst zeigte, dass eine Wiederbelebung des Dialogs auch ohne Brückenthema möglich war – durch moderierten Austausch: „Die Verbesserung, die durch die

Diskussion in den Gruppen erreicht werden kann, liegt nicht in einem plötzlichen Konsens, sondern im wachsenden Verständnis für andere Sichtweisen und in der wachsenden Akzeptanz von Kompromissen.“ (ebd.) Dabei kommt der „beweglichen Mitte“ als Brückenbauerin eine entscheidende Rolle zu.

DIE „BEWEGLICHE MITTE“ ALS FUNDAMENT FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT UND DEMOKRATIE

Die Mitte ist keine „Trendsetterin“, sie ist keine Impulsgeberin für gesellschaftspolitische Entwicklungen. Weder in die eine noch in die andere Richtung, weder für gesellschaftlichen Fortschritt noch für einen reaktionären Backlash. Warum ist die „bewegliche Mitte“ trotzdem so wichtig? Auch wenn sie nicht den Veränderungstakt vorgibt oder antreibt, ist die „bewegliche Mitte“ entscheidend, weil ohne sie keine politische Entwicklung mehrheitsfähig ist. Daher ist es essenziell, in welche Richtung sie sich letztlich bewegt. Um der Stabilität unserer Demokratie willen darf die Mitte nicht kippen.

Bislang war die „bewegliche Mitte“ immer eine Gruppe von Bürger:innen, die ein intaktes Institutionenvertrauen hatten. Diese waren relativ zufrieden mit ihrem Leben, zufrieden mit dem gesellschaftlichen Miteinander und dem Funktionieren der Demokratie. Kennzeichnend waren eine hohe Wahlnorm und die Wahl demokratischer Parteien. Und auch im Dialog mit anderen Bürger:innen trat die „bewegliche Mitte“ für demokratische Haltungen ein. Wenn rote Linien überschritten oder der demokratische Konsens verlassen wurde, gab es aus der „beweglichen Mitte“ Widerspruch. Die „bewegliche Mitte“ ist keine lautstarke Gruppe mit fundamentalen Überzeugungen, aber – zumindest bislang – eine Gruppe mit demokratischer Haltung. Dadurch fungiert sie als Anker für gesellschaftlichen Zusammenhalt und durch ihre Beweglichkeit zugleich als Brückenbauerin bei gesellschaftlichen Konfliktlinien. Salopp formuliert kann man sagen: Die „bewegliche Mitte“ hält den Laden zusammen.

DIE „BEWEGLICHE MITTE“ KANN KIPPEN: ROTE LINIEN WERDEN ÜBERSCHRITTEN UND SCHWEIGEN WIRD HÄUFIGER ZU SCHWEIGENDER BILLIGUNG.

Die Frage, in welche Richtung sich die Mitte aktuell bewegt, ist daher zentral. In der Vergangenheit haben wir bereits beobachtet, dass sich das Verhalten der „beweglichen Mitte“ als Anker und Brückenbauerin bereits verändert hat.

Der Rückzug ins Private und das Vermeiden politischer Gespräche

In der 2020 erschienenen Studie „Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog“ haben wir gesehen, dass sich die „bewegliche Mitte“ im Zuge der nach 2015 entfachten Diskussionen rund um Einwanderung und Migration zunehmend aus dem Dialog zurückgezogen hat und verstummt ist. Die Stimmung war so aufgeheizt, dass die Mitte das Gefühl hatte, es gebe nur noch zwei radikale, meinungsstarke, laute Pole, die bei jeder Diskussion direkt unversöhnlich aneinandergeraten. Weil der Ton der Debatte so scharf geworden ist, hatte die Mitte keine Lust oder auch schlicht und ergreifend keine Energie mehr dafür, durch eine eigene Positionierung immer wieder zwischen die Fronten zu geraten. In der Folge zog sie sich zunehmend aus dem öffentlichen Dialog zurück und befand sich gefühlt nur noch auf dem Zuschauer:innenrang. Das ist für die Demokratie ein Problem, weil die „bewegliche Mitte“ in dem Moment, da sie passiv wird, als Brückenbauerin ausfällt.

Noch problematischer ist, dass es nicht nur beim Rückzug ins Private geblieben ist. Häufig wurde selbst im Privaten jedes Gespräch über gesellschaftliche Konfliktthemen gemieden. Man hatte keine Lust oder keine Energie mehr dafür, dass jedes Gespräch auf der Familienfeier, auf dem Nachbarschaftsfest oder beim Treffen im Freundeskreis wegen gesellschaftspolitischer Themen hochkocht. Doch wenn der Dialog schon im Privaten scheitert, wie soll er dann erst als öffentlicher Dialog funktionieren?

Zunehmende Konfliktlinien treffen auf Krisenmüdigkeit

Der Ton hat sich seit den Debatten um Einwanderung und Migration nach 2015 weiter verschärft und weitere Konfliktfelder sind hinzugekommen. Die bisherigen Streitthemen wurden nicht gelöst oder befriedet: angefangen beim Klimawandel und -schutz über Pandemiebekämpfung und Covid-19 bis hin zur Energiekrise und dem Umgang mit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Wir beobachten aktuell, dass sich Teile oder Fragmente der Gesellschaft zunehmend radikalieren und sich längst in einer Klima- oder Coronadiktatur wähnen. Befeuert wird diese Stimmung – teilweise auch bewusst – von Akteur:innen aus dem rechten, populistischen Spektrum bis hin zu Teilen des konservativen Lagers, in dem immer wieder vermeintliche Konfliktthemen auf die Agenda gesetzt werden – Stichwort „Gender“, „Cancel Culture“ und „Identitätspolitik“. Erst durch dieses Agendasetting werden diese Themen aber zu Konflikten hochstilisiert, um daraus eigenes politisches Kapital zu schlagen.

In dieser Situation ist die „bewegliche Mitte“ mittlerweile nicht mehr nur verstimmt. Sie ist krisenmüde und ihr Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie – Voraussetzung für ihre demokratische Haltung – leidet. Das bislang vorhandene politische Vertrauen der „beweglichen Mitte“ beruhte vor allen Dingen auf den Grundüberzeugungen:

- Die Demokratie sichert mir Rechte zu, löst Probleme und bewältigt Herausforderungen.
- Der Sozialstaat sichert mich in Krisenzeiten ab.
- Und nicht zuletzt: Die Demokratie ist wehrhaft.

Diese Grundüberzeugungen benötigen besonders in schwierigen Zeiten Bestätigung. Doch diese bleibt in den Augen vieler Bürger:innen der „beweglichen Mitte“ aus.

- Statt gelöster Probleme gibt es seit Jahren gefühlt nur noch Krise: Klima, Corona, Ukraine, Energie. Gerade für die „bewegliche Mitte“ zieht die Demokratie ihre Legitimation auch aus ihrer Problemlösungskompetenz.

- Aktuell dominieren Inflation und vor allem steigende Energiepreise die Agenda. Viele Bürger:innen haben Angst vor der Zukunft und dabei Sorge, dass der Sozialstaat sie nicht auffangen wird.
- Querdenken-Demonstrationen, die unangemeldet einfach durch die Stadt laufen und die Treppen des Reichstags stürmen, erschüttern das Vertrauen in die Wehrhaftigkeit der Demokratie.

Aus Schweigen wird zu oft schweigende Billigung

In der Studie „Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog“ wurden die Diskussteilnehmer:innen nach ihrem Deutschlandbild gefragt. Was „weltoffene Orientierte“ und „bewegliche Mitte“ damals verband, war ein positives Deutschlandbild. Nur die „national Orientierten“ hatten das Gefühl, Deutschland stehe sprichwörtlich „am Abgrund“.

Aktuell ist die „bewegliche Mitte“ keinesfalls mehr durchweg zuversichtlich oder blickt positiv in die Zukunft. Zukunft ist nicht länger Verheißung oder etwas, auf das man sich freut. Zukunft ist mittlerweile eher Bedrohung. Die Bewältigung der aktuellen Krisen kostet so viel Kraft und bereitet so viele Bauchschmerzen, da mag man gar nicht den Blick auf die anstehenden Herausforderungen der Zukunft richten. Vor allem wenn man durch gefühlte Dauerkrisen nicht (mehr) das Gefühl hat, dass es morgen besser wird als heute.

Für die Demokratie ist das problematisch. Denn das negative Bild antidemokratischer Akteur:innen wird so nicht nur für die „national Orientierten“, sondern auch für die „bewegliche Mitte“ zunehmend anschlussfähig. In unseren aktuellen Forschungsprojekten beobachten wir derzeit eine zunehmende Entgrenzung. Verschwörungsglauben und Narrative von Demokratiegegner:innen werden von der „beweglichen Mitte“ nicht nur unwidersprochen im Raum stehen gelassen, sondern zunehmend auch schweigend gebilligt.

DIE PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT BRAUCHT DIALOGFÄHIGKEIT – DER GESELLSCHAFTLICHE DIALOG MUSS WIEDERHERGESTELLT WERDEN.

Gesellschaftlicher Dialog ist unverzichtbar für das Funktionieren und die Stabilität einer Demokratie, denn Demokratie lebt von Kompromissfindung durch Meinungsaustausch. Es geht nicht um Konsensfindung im Sinne von: Alle müssen derselben Meinung sein. Sondern darum, trotz unterschiedlicher Ansichten oder Einstellungen einen Kompromiss zu finden, den eine gesellschaftliche Mehrheit mitträgt. Gerade in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen, Einstellungen und Hintergründen braucht es dazu Dialogfähigkeit.

Momentan ist der gesellschaftliche Dialog aber gestört. Viele Bürger:innen insbesondere aus der „beweglichen Mitte“ haben das Gefühl: „Das Extrem, das sind die anderen. Ich habe mich nicht verändert, aber die anderen sind verrückt geworden.“ Durch fehlenden Dialog mangelt es an Verständnis für die Position der jeweils anderen. Selbst bei scheinbar gleichen Begrifflichkeiten – Familie, Sicherheit, Toleranz, Freiheit – ist die Bedeutungszuschreibung durch unterschiedliche Werte und Zielvorstellungen verschieden. Das erschwert es, miteinander ins Gespräch zu kommen, und verhindert die Kompromissfindung.


In unseren Studien aber haben wir gesehen, dass es möglich ist, den Dialog wieder in Gang zu bringen, wenn er moderiert wird. Zwar waren am Ende unserer Gruppendiskussionen nicht alle Teilnehmenden einer Meinung, aber sie konnten die Perspektive und Meinung der anderen wieder ein Stück weit verstehen. Für eine Kompromissfindung ist das unersetzliche Voraussetzung. In den Dialog zu treten ist für die Demokratie unschätzbar wichtig. Die Mitte ist Anker und Brückenbauerin für funktionierenden gesellschaftlichen Dialog. Ohne sie kann er nicht gelingen. Daher muss zur Stärkung der Demokratie gelten: mit der Mitte reden.

Die Wiederherstellung eines funktionierenden gesellschaftlichen Dialogs – vor allem mit der „beweglichen Mitte“ – ist Voraussetzung zur Krisenbewältigung. Dennoch bleibt es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Dialog alleine reicht nicht aus. Für eine zuversichtliche Perspektive und Vertrauen in die Demokratie braucht es in Zeiten der Krise(n) Orientierung. Vonseiten politischer Akteur:innen braucht es einen klaren Plan und ein klares Bild für die Zukunft. Demokratie muss unter Beweis stellen, dass sie Probleme löst und Herausforderungen meistert. Dabei darf es von demokratischen politischen Akteur:innen keine spalterische Rhetorik oder spalterische Politik geben.

Literatur:

Faus, Jana, und Matthias Hartl (2020): Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politischer Dialog.

Faus, Rainer, und Simon Storks (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.



GEFÄHRLICH FÜR DIE DEMOKRATIE? EINE POLITISCHE EINORDNUNG DES CORONA-PROTESTS

**EDGAR GRANDE, SOPHIA HUNGER, SWEN HUTTER, EYLEM KANOL
UND DANIEL SALDIVIA GONZATTI**

EINLEITUNG

Proteste sind ein essenzieller Teil der politischen Auseinandersetzung in Demokratien. Mehr noch: Bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise der Demokratie setzen Demokratieforscher*innen gerade auf die „progressive Kraft“ der sozialen Bewegungen (della Porta 2020). Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 war diese Art der politischen Beteiligung jedoch erheblich erschwert, insbesondere aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Gleichzeitig löste der politische Umgang mit der Pandemie nach einer kurzen Phase der weitgehenden Zustimmung eine größere Unzufriedenheit in Teilen der deutschen Bevölkerung aus. Das Ergebnis dieses Unmuts waren neue öffentliche Proteste, der „Corona-Protest“, gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, die in der öffentlichen Wahrnehmung überwiegend auf Ablehnung stießen. In den etablierten Parteien, den Sicherheitsbehörden und in den Medien wurde diese Protestbewegung zunehmend als Gefahr für die Demokratie gesehen und nicht als progressive Kraft.

Ist diese Befürchtung berechtigt? Ist der Corona-Protest eine Gefahr für die Demokratie oder wurde sein progressives Potenzial von den Kritiker*innen der neuen Protestbewegung bislang unterschätzt? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Artikels, der einen Überblick über die politischen Potenziale des Corona-Protests in Deutschland gibt. Wir stützen uns zum einen auf die Ergebnisse einer Protestereignisanalyse, mit der mittels Medienanalysen von überregionalen Tageszeitungen Proteste gegen Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 erfasst wurden.¹ Die Protestereignisanalyse ermöglicht es, Umfang, Dynamik und Radikalisierungspotenzial des Corona-Protests über

¹ Die von uns erhobenen Daten zu Protestereignissen basieren auf der Presseberichterstattung in der Süddeutschen Zeitung. Bei der Auswertung der Artikel verwenden wir die Methode der Protestereignisanalyse (Hutter 2014). Unserer Datenerhebung liegt eine weite Definition von Protest zugrunde. Sie umfasst alle (I) politisch motivierten und (II) auf die Corona-Pandemie bezogenen Aktionen mit (III) öffentlichem Charakter, die (IV) über Routinehandlungen hinausgehen und (V) von individuellen oder kollektiven nicht-staatlichen Akteuren geplant oder durchgeführt wurden.

die Zeit hinweg zu erfassen. Um das Mobilisierungspotenzial für diesen Protest zu ermitteln und politisch wie soziodemografisch zu verorten, stützen wir uns zum anderen auf eine repräsentative Umfrage zu den Corona-Demonstrationen, die das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) von Juni 2020 bis Februar 2022 an mehr als 13.000 Befragten durchführte.

WIE WICHTIG WAR DER PROTEST WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE? WIE GROSS WAR SEINE MOBILISIERUNGSKRAFT?

Der Corona-Protest besaß in Deutschland eine erhebliche Mobilisierungskraft. Trotz erschwelter Bedingungen fanden seit März 2020 zunehmend Protestaktivitäten gegen die staatlichen Pandemiemaßnahmen statt. Der Protest richtete sich gegen Beschränkungen wie die Schließung von Schulen, aber auch grundsätzlich gegen die Einschränkung von Grundrechten. Er reichte von symbolischen Aktionen über Online-Petitionen bis zum Straßenprotest. Seinen Höhepunkt erreichte er 2020 in den beiden „Querdenken“-Großdemonstrationen am 1. und 29. August in Berlin. Danach wurde er in verschiedenen Formen bis ins Jahr 2022 fortgeführt.

Das Gesamtbild des Protests während der Pandemie zeigt, dass die Corona-Proteste das deutsche Protestgeschehen maßgeblich bestimmt haben. Insgesamt machten Proteste mit einem Bezug zur Pandemie 43 Prozent aller von uns erfassten Protestereignisse aus. Eine erste Protestwelle erreichte im Mai 2020 ihren Höhepunkt und flaute Anfang Juni 2020 ab. Im Sommer 2020, beginnend mit der ersten Großdemonstration der „Querdenker“, setzte eine zweite Mobilisierungsphase ein; und der erneute Lockdown im Spätherbst löste eine dritte Protestwelle aus, die bis ins Frühjahr 2021 reichte. In diesem zweiten Corona-Jahr verloren die Proteste zunächst an Bedeutung. Erst ab Herbst eroberten sie wieder den öffentlichen Raum. Besonders ab November 2021, während der Diskussion um eine Impfpflicht, fanden sie wieder zahlreich statt.

Die Protestereignisanalyse zeigt auch, dass der Corona-Protest viele Gesichter hat. Vor allem in der ersten Protestwelle mobilisierte der Corona-Protest ein breites Spektrum von Akteur*innen. Trotz der Dominanz der „Querdenken“-Bewegung über Protestwellen hinaus bestand der Corona-Protest aus mehr als nur ihren Aktivitäten.² Allerdings lässt sich an der Entwicklung der Zahlen der Protestteilnehmer*innen erkennen, dass der „Querdenken“-Protest 2020 trotz Auflagen die größte Mobilisierungskraft besaß.

Die Protestwellen unterscheiden sich auch inhaltlich. Die erste Mobilisierungswelle bis zum Sommer 2020 war stark von der Forderung nach ökonomischen Hilfen und Solidaritätsbekundungen geprägt. Darauf folgend wandelten sich Themen und Zielrichtung des Protests. Nicht mehr einzelne Maßnahmen standen im Fokus, sondern die Ablehnung der Corona-Politik und der angeblichen „Corona-Diktatur“. Dieser Protest war stark geprägt durch Verschwörungstheorien aller Art und eine grundsätzliche Infragestellung der bestehenden repräsentativen Demokratie. In den Demonstrationen erhielten auch rechts-extreme Gruppierungen wie die „Reichsbürger“ erhebliche Sichtbarkeit. Besonders deutlich wurde dies beim „Sturm auf den Reichstag“ am 29. August 2020. Die Leipziger Demonstration vom 7. November 2020 steht stellvertretend für die Radikalisierung und Homogenisierung der Protestthemen sowie für die Dominanz radikalerer Protestformen. Unsere Analysen zeigen, dass sich im Laufe der Pandemie die politisch motivierte Gewalt beim Corona-Protest verdreifachte. Die gewaltförmige Entwicklung der Bewegung intensivierte sich gegen Ende 2021, wofür der Fackelaufzug vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping am 3. Dezember steht.

Auch wenn sich die Proteste in vielerlei Hinsicht gewandelt haben, so besaß der Corona-Protest in der Bevölkerung einen stabilen Rückhalt und zeichnete sich durch ein konstantes Mobilisierungspotenzial aus. Unsere Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass jede*r fünfte Befragte großes oder gar sehr großes Ver-

² Dies ist bei den Interpretationen zum Corona-Protest in diesem Artikel zu beachten. Bei der Bereitschaft zur Teilnahme am Protest und dem Verständnis für den Corona-Protest geht es nicht allein um die „Querdenken“-Demonstrationen. Während das vor allem in der frühen Phase entscheidend ist, sind später die „Querdenken“-Proteste dominant im deutschen Protestgeschehen.

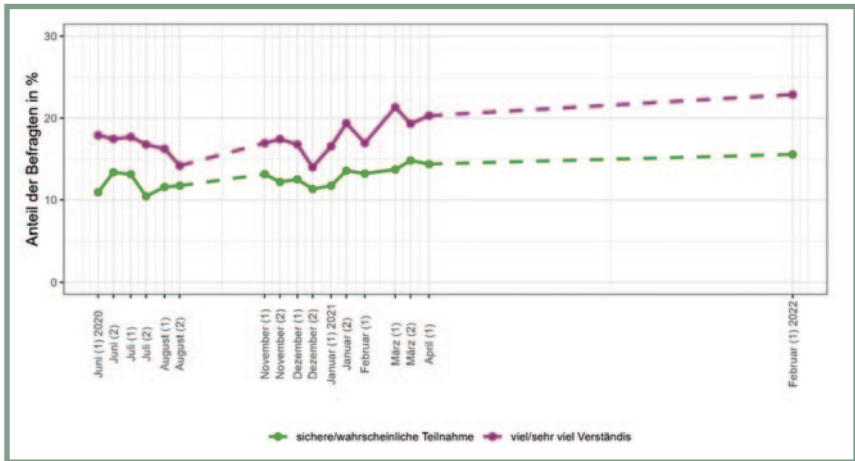


Abbildung 1: Die Abbildung zeigt die Teilnahmebereitschaft und das Verständnis für den Corona-Protest phasenweise zwischen Juni 2020 und Februar 2022.

ständnis für diesen Protest hatte. Jede*r zehnte Befragte war bereit, sich an einer Demonstration gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen zu beteiligen (vgl. Abbildung 1). Obwohl im Februar 2022 eine allgemeine Impfpflicht diskutiert wurde und die Inzidenz neue Rekordwerte erreichte, stellten wir nur einen leichten Anstieg in der Unterstützung der Proteste fest. Zeitgleich gab fast ein Viertel der Befragten an, Verständnis für die Teilnahme an diesem Protest zu haben; 13 Prozent konnten sich vorstellen, selbst an einem Corona-Protest teilzunehmen. Insgesamt jede*r Zehnte hatte bis zu diesem Zeitpunkt bereits an einer Demonstration teilgenommen. Auffällig ist, dass sich die Werte vom Februar 2022 nur wenig von denen der Befragungswellen seit Juni 2020 unterscheiden. Unabhängig von den pandemischen Restriktionen, der Inzidenz, der Regierungszusammensetzung oder den öffentlichen Kontroversen ist das Lager der „Protestverstehender*innen“ relativ stabil. Deshalb kann vermutet werden, dass das Protestpotenzial von pandemieunabhängigen Faktoren beeinflusst wird. Über die Zeit hinweg haben sich zwei ungleich große, aber stabile Lager gebildet, die sich im politischen Umgang mit der Pandemie diametral gegenüberstehen. Der Corona-Protest führte also zu einer Polarisierung der deutschen Gesellschaft.

WIE IST DER CORONA-PROTEST POLITISCH EINZUORDNEN? WIE STARK SIND DIE POLITISCHEN EXTREME IN DIESEM PROTEST?

Der Corona-Protest ist nicht nur sozial heterogen, er ist auch politisch schwer zu verorten (vgl. Grande et al. 2021). Von Anfang an verlief er quer zu etablierten politischen Konfliktlinien und führte politische Extreme zusammen. Auffällig war bei aller Heterogenität der Protestierenden aber auch die große Sichtbarkeit von rechtsextremen Gruppierungen und ihren Symbolen. Deshalb wurde der Corona-Protest vielfach politisch vor allem rechts verortet. Anhand unserer Umfragen haben wir untersucht, ob das Gleiche für das Mobilisierungspotenzial der Corona-Proteste gilt. Hier stehen vor allem die „Protestversther*innen“ im Mittelpunkt.

Die „Protestversther*innen“ ordnen sich auf der gängigen Links-Rechts-Skala mehrheitlich der politischen Mitte zu, ähnlich wie die Befragten ohne Verständnis für den Corona-Protest (Abbildung 2). „Protestversther*innen“ scheinen jedoch weitestgehend vom politischen System entkoppelt zu sein, da sie sich häufig von keiner der Parteien im Bundestag vertreten sehen. Insgesamt ist die Verteilung der „Protestversther*innen“ deutlich nach rechts orientiert. Außerdem ist die politische Verortung des Mobilisierungspotenzials über die Zeit relativ stabil. Der Vergleich der drei Jahre (2020–22) zeigt nur geringe Veränderungen. Unsere Ergebnisse unterscheiden sich von Studien mit Demonstrationsbefragungen, die den Corona-Protest als eher links mit einem potenziellen Rechtsruck einordnen (Nachtwey et al. 2020: 52).

Wie lassen sich die „Protestversther*innen“ parteipolitisch zuordnen (Abbildung 3)? Bemerkenswert ist zunächst, dass die AfD von den im Bundestag vertretenen Parteien im Mobilisierungspotenzial des Corona-Protests deutlich am stärksten vertreten ist. Ein Viertel der „Protestversther*innen“ zählt zu den AfD-Anhänger*innen. Zudem ist der Anteil mit Präferenzen für die AfD beträchtlich gestiegen, während der Anteil der Unionsanhänger*innen im Mobilisierungspotenzial von 14 auf 7,8 Prozent zurückging.

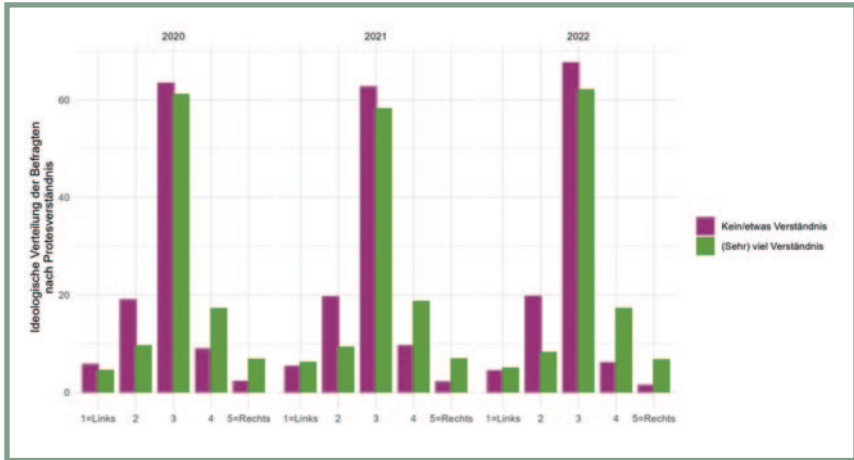


Abbildung 2: Die Abbildung zeigt die Positionierung der Befragten auf einer 0- bis 10-Skala. Die Frage lautete: „Man spricht in der Politik manchmal von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wo würden Sie sich auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen?“ Zur einfacheren Darstellung wurden die Werte in der Abbildung zusammengefasst: 0/1=1, 2/3=2, 4/5/6=3, 7/8=4, 9/10=5. Der Wert 1 steht für eine extrem linke Positionierung; der Wert 5 für eine extrem rechte Positionierung. In der Abbildung werden die Befragten mit viel Verständnis für den Corona-Protest mit denjenigen verglichen, die kein Verständnis für den Protest haben.

	Jun/Jul 2020	Aug 2020	Nov 2020	Dez 2020	Jan/Feb 2021	Mär/Apr 2021	Feb/Mär 2022	Durch- schnitt
AfD	21,51	28,16	30,74	33,55	27,39	26,33	32,40	28,58
FDP	7,53	5,17	6,08	6,45	7,32	9,05	7,73	7,05
CDU/CSU	14,25	9,77	8,11	8,39	7,69	10,02	6,22	9,21
SPD	8,33	8,05	6,76	5,81	6,57	6,14	8,37	7,15
Die Grünen	9,14	8,05	6,76	6,77	5,07	6,30	3,00	6,44
Die Linke	7,80	3,45	5,41	9,03	7,69	6,79	6,44	6,66
Nicht-Repräsentierte	31,45	37,36	36,15	30,00	38,27	35,38	35,84	34,92
Gesamt	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Abbildung 3: Die Anteilgrößen pro Partei beziehen sich in dieser Tabelle auf die Befragten mit (sehr) viel Verständnis für die Corona-Proteste. Insgesamt wurden 15.133 Personen im Zeitraum Juni/Juli 2020 bis Februar 2022 befragt. Die Kategorie „Nicht-Repräsentierte“ umfasst alle Personen, die bei der Befragung angeben, dass sie (a) nicht wählen, (b) nicht wissen, wen sie wählen würden, oder (c) eine Partei wählen würden, die nicht im Bundestag vertreten ist.

Auffällig ist aber auch, dass mehr als ein Drittel des Corona-Mobilisierungspotenzials sich für keine der im Bundestag vertretenen Parteien entscheiden würde. Der Anteil dieser „Nicht-Repräsentierten“ liegt seit 2020 bei über 30 Prozent. Zusammengenommen bestanden im April 2021 zwei Drittel des Corona-Mobilisierungspotenzials aus „Nicht-Repräsentierten“ und aus AfD-Anhänger*innen. Anders als bei Konfliktthemen wie Einwanderung hat der Corona-Protest zu keiner Spaltung der Anhängerschaft der Regierungsparteien geführt. Kurz gesagt: Die Regierungsparteien konnten innerhalb ihrer Wählerschaft auf eine große Unterstützung für ihre Corona-Politik bauen.

IST DER CORONA-PROTEST GEFÄHRLICH FÜR DIE DEMOKRATIE?

Medien und Sicherheitsbehörden stufen den Corona-Protest als überwiegend antidemokratisch ein, obwohl dem Corona-Protest verbundene Organisationen und Parteien wie die „Querdenker“ und „Die Basis“ sich als demokratisch bezeichnen. Die Eskalation der Großdemonstrationen in Berlin und Leipzig zeigte, dass der Corona-Protest ein komplexes Radikalisierungspotenzial besitzt. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen schätzte im Dezember 2020, dass rund zehn Prozent der „Querdenken“-Demonstrierenden Rechts-extreme oder Reichsbürger seien (vgl. Neue Westfälische, 10. Dezember 2020).

Um eine mögliche Gefährdung der Demokratie durch die Protestbewegung angemessen einschätzen zu können, müssen vier Merkmale der „Versteher*innen“ des Corona-Protests berücksichtigt werden: ihr fehlendes Vertrauen in Regierung und Parlament; ihre geringe Zufriedenheit mit der Demokratie; ihre zentrale Verbindung mit Verschwörungstheorien; und die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft dieser Gruppe.

Der größte gemeinsame Nenner des Mobilisierungspotenzials im Corona-Protest ist das fehlende Vertrauen in die Institutionen der parlamentarischen Demo-

kratie. Im Februar 2022 besaß mehr als jede*r zweite „Protestversteh*in“ (60 %) keinerlei Vertrauen in die Bundesregierung. Das fehlende Vertrauen in die Regierung ist im Vergleich mit allen anderen Faktoren (der Rechts-Links-Orientierung, der politischen Radikalität u.a.) die stärkste Variable in unseren Analysen und nimmt sogar im Zeitverlauf an Erklärungskraft zu.

Das fehlende Vertrauen in die Regierung geht mit einer geringen Zufriedenheit mit der Demokratie einher. Negative Einstellungen gegenüber den Institutionen der parlamentarischen Demokratie sind in sozialen Bewegungen durchaus nicht unüblich (vgl. della Porta 2020). Vor diesem Hintergrund erhält die Bedeutung von „Verschwörungstheorien“ einen besonderen Stellenwert. Der Glaube an eine geheime Verschwörung – beispielsweise zum „Austausch der Bevölkerung“ – gilt nicht nur als „Radikalisierungsbeschleuniger“ (Nocun und Lamberty 2020: 173), er repräsentiert auch Weltbilder, die mit demokratischen Einstellungen unvereinbar sind. Unsere Ergebnisse zeigen für die Verschwörungstheorie „Austausch der Bevölkerung“, dass der Anteil der „Protestversteh*innen“, die diese Verschwörungstheorie überhaupt nicht glauben, nur halb so groß ist wie in der Referenzgruppe der „Nicht-Versteh*innen“. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die diese Verschwörungstheorie uneingeschränkt glauben, bei den „Protestversteh*innen“ erheblich größer.

Schließlich zeigt sich im Corona-Protest eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft. Zunächst ist auffällig, dass das Verständnis für den Protest in der radikalen Linken nach der ersten Protestwelle deutlich zurückgeht. Gleichzeitig stieg die Zustimmung bei radikal rechts positionierten Befragten. Ab dem Sommer 2020 fand ein Rechtsruck im Mobilisierungspotenzial des Corona-Protests statt. Mit der zunehmenden Bedeutung der „Querdenker“ ab dem Sommer 2020 ist das Mobilisierungspotenzial für diesen Protest immer weniger heterogen und immer stärker rechts zu verordnen. Hinzu kommt, dass in der Gruppe der „Protestversteh*innen“ eine Gewalttoleranz erkennbar ist. In dieser Gruppe haben mehr als zehn Prozent Verständnis für den Gebrauch von Gewalt, während es bei anderen Befragten lediglich 2,8 Prozent sind. Dies stützt den Vorwurf, dass die Corona-Proteste von einer Offenheit nach rechts und einer Toleranz gegenüber gewaltförmiger Eskalation geprägt sind. Der

„Querdenken“-Protest hat sich zumindest in den ersten beiden Jahren nicht auf dem für soziale Bewegungen üblichen Weg der „Normalisierung“ bewegt (vgl. Gassert 2018), sondern auf dem Weg der rechten Radikalisierung.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In der Corona-Pandemie ist in Deutschland eine neue Protestbewegung mit einem erheblichen Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial entstanden. Wie unsere Analysen zeigen, entspricht dieser Protest nicht dem Bild der „progressiven“ sozialen Bewegungen, die im Zuge der verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre in anderen europäischen Ländern entstanden sind (vgl. della Porta 2022). Dieser Protest repräsentiert ganz im Gegenteil eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die liberale Demokratie.

Der größte gemeinsame Nenner des heterogenen Mobilisierungspotenzials ist das fehlende Vertrauen in die Institutionen der parlamentarischen Demokratie, insbesondere in Regierung und Parlament. Der Corona-Protest sollte deshalb nicht als ein zeitlich begrenzter Widerstand gegen die staatliche Pandemiepolitik interpretiert werden. Er muss vielmehr als Ausdruck einer tieferliegenden Vertrauenskrise der parlamentarischen Demokratie gewertet werden. Unsere Analysen verdeutlichen, dass von diesem Protestpotenzial längerfristig eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die liberale, parlamentarische Demokratie ausgehen könnte, vor allem durch die Verbindung mit rechtsextremen Protestakteur*innen und -organisationen. Für die Verteidiger*innen der liberalen Demokratie stellt sich deshalb die Frage, wie verhindert werden kann, dass das in der Corona-Pandemie aufgebaute und mobilisierte Protestpotenzial in weiteren Krisen aktiviert und radikalisiert wird.

Literatur:

- della Porta, Donatella (2020): Die schöne neue Demokratie. Frankfurt a. M.: Campus.
- della Porta, Donatella (2022): Contentious Politics in Emergency Critical Junctures. Progressive Social Movements during the Pandemic. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gassert, Philipp (2018): Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart: Kohlhammer.
- Grande, Edgar, Swen Hutter, Sophia Hunger und Eylem Kanol (2021): Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper ZZ 2021-601. Berlin: WZB.
- Heisig, Jan Paul, Heiko Giebler und Christian Rauh (2022): Eine Frage des Vertrauens. Warum Menschen die Corona-Impfung ablehnen. In: WZB-Mitteilungen Nr. 175, S. 36–39.
- Hentschel, Christine (2020): Im Raum des Virus. Affekt und Widerständigkeit in der Pandemie. In: Michael Volkmer und Karin Werner (Hrsg.): Die Corona-Gesellschaft. Bielefeld: transcript, S. 265–276.
- Koos, Sebastian (2021): Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Forschungsbericht. Konstanz: Universität Konstanz.
- Nachtwey, Oliver, Robert Schäfer und Nadine Frei (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung. Basel: Universität Basel.
- Nocun, Katherina, und Pia Lamberty (2020): Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln: Bastei Lübbe.
- Rucht, Dieter (2021): Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In: Brigitte Grande, Edgar Grande und Udo Hahn (Hrsg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: transcript, S. 63–79.

Eine längere Version dieses Beitrags erschien in Heft 84 (2022) der Zeitschrift „Deutschland & Europa“, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

**SEHNSUCHT NACH
GEMEINSCHAFT UND SINN –
WAS SICH IN DER FRONTEN-
BILDUNG ENTLANG DER
CORONA-MASSNAHMEN ZEIGT
UND WIE EIN DIALOG
(WIEDER) MÖGLICH WIRD.**

UTE FISCHER

1. EINFÜHRUNG

Von den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie waren alle irgendwann genervt. Wer verzichtet schon gerne darauf, seine Freunde, Arbeitskolleginnen oder gar Familie zu treffen, wer will immer erst einen Test machen, bevor er oder sie zu einem Konzert, zur Arbeit oder einem größeren Treffen geht? Manche Maßnahmen schienen auch überzogen zu sein, wie Kontaktverbote im Freien etwa. Dennoch reagierten nicht alle gleich auf die Maßnahmen.

Relativ schnell nach Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 bildeten sich mehr oder weniger deutliche Lager: die einen, die eine Gefahr nicht nur für die eigene Gesundheit in der Pandemie sahen, sondern in der Ausbreitung auch für die Gesellschaft insgesamt durch eine mögliche Überlastungen des Gesundheitssystems zum Beispiel. Andere hielten die Corona-Infektion für eine Grippe, schätzten die Maßnahmen als völlig übertriebene Eingriffe in individuelle Freiheiten ein und befürchteten einen Abbau der Demokratie.

Am Anfang unserer Forschung an der Fachhochschule Dortmund (Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften) stand die Irritation angesichts der Fronten, die sich mit Fortgang der Maßnahmen zunehmend zu verhärten schienen. An sich wäre dieses Phänomen einer Lagerbildung entlang unterschiedlicher Einschätzungen oder Meinungen nichts Ungewöhnliches für eine Demokratie, wenn die Frontlinie nicht quer durch Familien und Freundeskreise ginge und sich in Form starker Emotionalität als geradezu feindselig darstellte. Grauzonen zwischen pro und kontra schien es nicht zu geben. Das Gespräch untereinander wurde unmöglich.

Inzwischen haben sich die Fronten ein wenig gelockert. Mit Rücknahme der einschränkenden Maßnahmen verlor der Konflikt zunehmend an Schärfe. Andere Themen – allen voran der Krieg Russlands gegen die Ukraine – traten in den Vordergrund des öffentlichen Diskurses, der eine sehr ähnliche Verteilung der Meinungen aufweist wie zuvor die Diskussionen um die Corona-Maßnahmen. Die fortbestehende, wenn auch abgeschwächte Lagerbildung

muss also eine Funktion haben, sonst würde sie sich nicht zeigen und so hartnäckig fortbestehen.

So fragte die Forschungsgruppe, worin diese Funktion bestehen könnte, was sich in der Unnachgiebigkeit der Konfrontation genau ausdrückt, wie sich die hohe Emotionalität erklären lässt und wie angesichts der zeitweise außerordentlich starken Verhärtungen ein gemeinsamer Dialog wieder möglich werden könnte.

Im Folgenden werden kurz der Forschungsstand beschrieben und unsere Ergebnisse skizziert. Daraufhin wird nach möglichen Schlussfolgerungen für den demokratischen Dialog gesucht.

2. FORSCHUNGSSTAND

In allen vorliegenden Studien über die Maßnahmen-Gegner*innen und die Querdenken-Bewegung ist von einer Vertrauenskrise zu lesen, die sich in der Abkehr von gesellschaftlichen Institutionen wie Politik, Wissenschaft und Medien zeigt. Schäfer und Frei (2021) haben zudem die Abgrenzung von einer als „Mainstream“ bezeichneten Mehrheit herausgearbeitet, einen Heldenmythos zur Stilisierung der eigenen Person als Widerstandskämpfer*in und ein libertäres Freiheitsverständnis, das allein eigene Regeln akzeptiert.

Doch wie lässt sich die Vehemenz erklären?

Dazu verweisen Pantenburg, Reichardt und Sepp (2021, S. 58) auf eine „Selbstermächtigung“, die sich aus einem „Gegenwissen“ dieser Misstrauensgemeinschaft ergebe. Damit verbunden sei die Aufwertung der eigenen Person durch ein Avantgardebewusstsein gegen den Kontrollverlust über die eigene Lebenswelt und für die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs, aus dem man ausgeschlossen ist, solange er sich nur auf Experten- oder akademisches Wissen bezieht (ebd., S. 57).

Aber wovon zeugt diese Notwendigkeit der Selbstermächtigung? Woran liegt der Kontrollverlust und warum fehlt die Aufgeschlossenheit für den kollektiven Diskurs über nötige Reformen?

Unsere Vermutung: Unter der Vertrauenskrise liegt – wirkmächtiger – eine Sinnkrise. Wird die eigene Identität als bedroht erlebt, entlädt sich panikartige Abwehr. Wie ist das zu verstehen?

Sinnerfahrung ist lebensnotwendig. Dieser Argumentation liegt die Konzeption einer Bewährungsdynamik des Frankfurter Soziologen Ulrich Oevermann (1995) zugrunde. Demnach könne der Mensch aufgrund seiner Fähigkeit, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu unterscheiden, nicht anders, als sich den Skandal seines zukünftigen Todes zu vergegenwärtigen. Um diese Perspektive auszuhalten, brauche sein Leben Sinn und Richtung, die die eigene Identität stabilisieren. Sein Tun und Lassen müsse begründbar sein und im Kollektiv – von der Familie über relevante Freundinnen und Kollegen bis zur Gesellschaft als ihn umgebende Kultur – Anerkennung finden. Wer in seiner Existenz keinen Sinn sieht, so lässt sich schlussfolgern, wird krank.

Die nötige Anerkennung fuße, so Oevermann weiter, einerseits auf notwendigen Tätigkeiten, die Bedeutung über die eigene Person hinaus haben. Typischerweise seien dies die Sorge um Kinder und Angehörige, Aktivitäten für das Gemeinwesen sowie berufliche Arbeit zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen (siehe hierzu auch Fischer 2009). Andererseits sei Anerkennung in der kulturell verbürgten Gewissheit über das richtige Handeln verankert, „Deutungsmuster“ genannt (Oevermann 2001). Unsere bisherige Anerkennungsordnung deute ein gelungenes Leben als eines, das sich leistungsethisch, vor allem in der Erwerbsarbeit, bewährt. Richtet sich eine Biografie nun entlang eines solchen verallgemeinerten Bewährungsmythos der Leistungsethik aus, so werden diese Gewissheiten durch die Maßnahmen zum Schutz vor Covid erschüttert und zwischenzeitlich vollständig außer Kraft gesetzt. Wichtiger als berufliche Bewährung wurde in der Pandemie das angemahnte und in gewisser Weise verordnete Solidarhandeln. Für die leistungsethisch ausgerichtete Biografie kommt diese Wendung einer Entwertung der bisherigen

eigenen Anstrengungen und einem Orientierungs- und schließlich Sinnverlust gleich.

Insbesondere die Gruppe der Maßnahmen-Gegner*innen ist angetreten, um die bisher gültigen Werte und Vorstellungen im Kollektiv wieder zu verankern. Darin liegt der Gehalt des in der Forschung von vielen gefundenen beinahe nostalgischen „Zurücks zur alten Normalität“. Dies erstaunt umso mehr, als sich in dieser Haltung die Überzeugung ausdrückt, vor Corona sei die Welt in Ordnung gewesen. Wie wenig die Nostalgie mit der Realität zu tun hat, fasst Lessenich (2022) in seinem Streifzug durch die zunehmenden Ungewissheiten jenseits des „alten Normal“ prägnant zusammen, wenn er bereits Verunsicherungen infolge der Finanzkrise, Migrationskrise und Klimakrise untersucht.

Lessenichs Diagnose ergänzend und zuspitzend lässt sich die Enttäuschung der Maßnahmen-Gegner*innen darüber, dass sie für ihre harte Arbeit und ihr ernsthaftes Bemühen, erfolgreich zu sein, nicht wertgeschätzt, sondern gemaßregelt und von dieser Lebensführung abgehalten werden als Quelle ihrer Wut verstehen. Die Demokratie im Krisenmodus der Pandemie löst ihr Versprechen nicht ein, für die geforderte und gezeigte Anstrengung zu belohnen. Diese Entwertungserfahrung machen übrigens Ostdeutsche in doppelter Weise, falls sie nach der Wende bereits eine Abwertung ihrer biografischen Anstrengungen erleben mussten. Dieser Sachverhalt ist auch einer der Gründe für das größere Maß an Radikalisierung in den östlichen Bundesländern.

Angesichts dieser Triebfeder ist nicht verwunderlich, dass die Corona-Forschung eine hohe Heterogenität der Gegnerschaft ausmacht. Stark vertreten sind Personen mit höherer Bildung und höherem Einkommen: nicht Abstiegsbedrohte im ursprünglichen Sinne einer prekären Lebenslage. Ferner finden sich hier Milieus mit hohem Anspruch auf eine autonome Lebensführung wie esoterisch und anthroposophisch Orientierte sowie dem grün-alternativen Spektrum Nahestehende (Frei/Nachtwey 2021).

Die These der Sinnkrise wird im Folgenden anhand unserer Forschung beleuchtet, die sich zunächst auf die Seite der Gegner*innen konzentriert. Die Kontrastierung mit eher Befürwortenden der Maßnahmen steht noch aus.

3. METHODE UND ERGEBNISSE

Unsere Ergebnisse beruhen auf gemeinsamen Analysen in der Forschungswerkstatt der Professur für Sozialwissenschaften der Fachhochschule Dortmund, an der vor allem interessierte Studierende des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit und des Masterstudiengangs Soziale Nachhaltigkeit und Demografischer Wandel beteiligt sind sowie Promovenden und interessierte Kollegen. Es handelt sich dabei um Sequenzanalysen nach der Objektiven Hermeneutik (Wernet 2009). Als Analysematerial wurden Dokumente von Maßnahmen-Gegner*innen verwendet, wie etwa Selbstdarstellungen der Querdenken-Bewegung, Meinungsäußerungen von weniger politisch Organisierten in Videos oder TV-Beiträgen, offenen Briefen, journalistischen Beiträgen und Social-Media-Posts.

Ergänzt wurden diese Analysen durch eine Interviewstudie. Denn schon die Dokumentenanalyse gab deutliche Hinweise darauf, dass die Gegnerschaft sowie die Vehemenz, mit der sie vorgebracht wird, auch fallspezifisch begründet sind. Diese Fallspezifität von Deutungen und Haltungen – im Sinne von rekonstruierbaren Habitusformen, die wir nach Bourdieu als Haltung zur Welt und zur Lösung von Handlungsproblemen (1976, S. 170) verstehen – sollte nun in Interviews mit ausgewählten Maßnahmen-Gegner*innen rekonstruiert werden. Mit der Entschlüsselung von Habitusformen, so unsere Annahme, würde ein genaueres Bild von den Triebfedern der Gruppe entstehen. Daraus – so ein weiteres Ziel der Untersuchung – sollten Schlussfolgerungen dazu gezogen werden, wie die Fronten aufgeweicht und ein gemeinsamer Dialog zwischen Andersdenkenden wieder möglich werden könnte.

Am Anfang der Analysen stand der hochemotionale, sehr professionell gestaltete Demoauftritt der Stuttgarter „Querdenken“-Bewegung für Ostersonntag 2021. Er gehört zum Typ Propagandafilm und liefert sowohl auf der Bild- als auch auf der Tönebene mit Musik und Sprache verschiedene Muster der Emotionalisierung. Ein zentraler inhaltlicher Fokus ist der Begriff der „Freiheit“ – sowohl im Sinne einer Freiheit von Maßregeln als auch einer Freiheit zu demokratischer Meinungsäußerung und einem Denken jenseits der Staatsdoktrin.

Da sich Selbstbestimmung hier unter anderem am Umgang mit Begriffen zeigt, lag ein weiterer Beitrag direkt zum Thema Meinungsfreiheit nahe. Dafür wurde ein Fall aus der ZDF-Reportage „Am Puls Deutschlands. Wie steht es um die Meinungsfreiheit?“ (Breyer, Gorbauch 2021) transkribiert und analysiert. Armin P.s Aussage *„redest über Migranten oder so was und bist ratzfatz gleich 'n Nazi“* zeigt die Sorge vor Missachtung qua Stigmatisierung (*„in Schubladen gesteckt“*) und den Wunsch, respektiert zu werden. In der Reportage präsentiert sich Armin P. selbst als „gutbürgerlich“. Einerseits bringt der Vertriebsleiter eines mittelständischen Unternehmens am Grill, mit Gartenzweigen auf der Terrasse seine Verortung in der schwäbischen Provinz zum Ausdruck, andererseits identifiziert er sich als Harley-Fahrer mit der Rockerszene, in der keiner dem anderen seine Meinung aufzwingt. Er sucht Anerkennung sowohl als Teil des Kollektivs der Leistungsträger als auch als jemand, der „nicht immer nett sein muss“.

Des Weiteren wollten wir den voreingenommenen Verdacht hohler rechter Propaganda und des puren Populismus untersuchen, die einen (kleinen) Teil der „Querdenken“-Bewegung charakterisieren. So wählten wir weitere Dokumente entlang der Bildungsnähe aus. Unter anderem wurde der offene Brief des Richters Manfred Kölsch analysiert, mit dem er die Rückgabe seines Bundesverdienstkreuzes aus Protest an den Maßnahmen begründete, die seiner Ansicht nach „gegen das Rechtsstaatsprinzip“ und die Gewaltenteilung verstießen.

Danach begann die Interviewstudie mit insgesamt fünf Interviewten aus eher akademischem und zunächst auch linksalternativem Milieu, ergänzt durch die Analyse eines Interviews mit einem AfD-Mitglied, das für den NRW-Landtag kandidierte. Auch die Analyse des Buches *„Wer schweigt, stimmt zu“* von Ulrike Guérot (2022) gehört in diese Studie, da sie als Empfehlung eines angefragten Interviewpartners genannt wurde. Mit der Buchanalyse beginnt nun die Darstellung von Formen der Gemeinschaftsbildung und deren Funktionen, die wir an ausgewählten Sequenzen zu belegen versuchen.

Exemplarisch sollen hier zwei Dokumente unsere Ergebnisse illustrieren: Ulrike Guérot stiftet mit ihrem 2022 erschienenen Buch das Schmiedeeisen der Gemeinschaftsbildung für den sozialwissenschaftlichen Bezug, während es für

den medizinischen eher der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi ist. Einige der von uns Interviewten nutzen Deutungen, die Guérot anbietet, obwohl das Buch erst kurz vor den ersten Interviews erschienen ist. Dies lässt darauf schließen, dass nicht die Interviewten sich auf das Buch beziehen, sondern umgekehrt Guérot gängige Argumentationsmuster des Gegner*innendiskurses repräsentiert.

Gemeinschaftsbildung durch Sonderwissen

Noch in den Vorbemerkungen erklärt Guérot ihren Standort: *„Wer, wie ich, nicht in den Zug eingestiegen ist, hat das Zeitgeschehen von einer anderen Warte aus beobachtet und ist heute von der Gesellschaft entfremdet.“* (S. 14) Bereits zu Beginn des Buches zeigt sie sich als diejenige mit Sonderwissen und bestätigt damit, was andere Forschungen, wie etwa Frei/Nachtwey (2021, S. 18), als Gegenwissen, Erwählte oder Eingeweihte bezeichnen. Guérot bezieht hier aktiv eine Prophetinnen-ähnliche Position.

Mit der Formulierung „Wer, wie ich“ nimmt sie eine Ego-Perspektive ein, durch die sie sich selbst heraushebt. Deutlich wird dies im Vergleich zu der möglichen alternativen Formulierung „alle, die“, womit sie in einer Gruppe aufgehen würde, ohne selbst sichtbar zu werden. Auch eignet sich der Satzbeginn nicht für profane Aussagen wie „Wer, wie ich, morgens seine Zähne putzt“, sondern für Außeralltägliches, etwa die normative Überzeugung „Wer, wie ich, auf Flugreisen verzichtet“ oder: „Wer, wie ich, täglich Sport treibt“, oder: „Wer, wie ich, Angst vor einem Atomkrieg hat“. In allen Beispielen steht durch diesen Satzbeginn nicht die Sache, das klimafreundliche Reisen oder die gesunde Lebensführung, im Mittelpunkt, sondern die Person. Die „Zug“-Metapher, gemeint sind die Corona-Maßnahmen, charakterisiert einen irrationalen Zusammenhang: Bildlich geraten die Passagiere zu passivem, von äußerlichen Gegebenheiten (Gleisen) oder Autoritäten (Lokomotivführern) gelenkten Verhalten. Demgegenüber kann sie selbst vom Bahnsteig aus „eine andere Warte“ einnehmen, die sie und ihresgleichen als Sehende im Unterschied zu den Passagieren markiert. Guérot empfindet Entfremdung nicht als Gefühl, sondern als Zustand („ist“), in den sie nicht aktiv, sondern passiv gelangt ist. Ursache ist kein einfaches Ereignis,

sondern – überhöht – das „Zeitgeschehen“, also ein Geschehen mit historischer Bedeutung. Indem sie es beobachtet, sieht sie sich mit einem Resultat konfrontiert, ohne eigene Verantwortung zu tragen – andere haben Schuld.

Zugehörigkeit durch Vergemeinschaftung

Ergänzend zur oben dargestellten Argumentation von Pantenburg, Reichardt und Sepp (2021, S. 57), liegt hier aber nicht nur eine „Selbstermächtigung“ auf Basis eines „Gegenwissens“ vor, die zur Aufwertung der eigenen Person führt. Als Professorin für Politikwissenschaften der Universität Bonn braucht Ulrike Guérot diese Aufwertung durch die Teilnahme am Diskurs nicht erst herzustellen. Sie gilt für sie bereits und kann daher nicht der einzige oder hauptsächliche Antrieb sein. Stattdessen zeigt das nächste Zitat die Bedeutung der Gemeinschaft: *„Die ‚like-minded‘ haben mich emotional und intellektuell durch die spukigen letzten Monate getragen.“* (Guérot 2022, S. 139) Dabei stellen die „like-minded“, also Gleichgesinnten, eine kompensatorische Gemeinschaftsbildung dar. Ulrike Guérot beschreibt an dieser Stelle des Buches zunächst den Verlust von Freundschaften und engen Bindungen an Berufskolleg*innen in Wissenschaft, Presse und Politik aufgrund ihrer verschiedenen Haltungen zu den Corona-Maßnahmen. An die Stelle der alten Verbindungen ist nun eine neue Gemeinschaft getreten, die sich auf dem webbasierten Messenger-Dienst Slack regelmäßig trifft und austauscht. Diese Vergemeinschaftung sichert die kollektiv verbürgten Anerkennungsmuster, die wir alle als Bewährungsgewissheiten zum Leben brauchen, weil sie sinnstiftend wirken.

Wie stark die Gemeinschaftsbildung betrieben wird, wie stark also die Sinnsehnsucht ist, zeigen die Sprechhandlungen. Ein Phänomen der „Schuldumkehr“ haben wir aus der Form der Rhetorik rekonstruiert. Guérot wirft der Gegenseite etwas vor, das sie selbst ebenso macht. Beispiele finden sich in allen untersuchten Dokumenten und Interviews. Dazu gehört etwa ihr Vorwurf an die Gegenseite, die Kommunikation abubrechen, in „gute“ und „alternative“ Medien zu unterteilen und keinen Platz in Talk-Shows zu gewähren. Sie selbst schreibt der Gegenseite Dummheit zu, etwa mit der Aussage: „Die Mehrheit

weigert sich, vom rechten Glauben abzufallen“ (ebd., S. 28). Ferner wirft sie der Gegenseite vor, bestimmte Daten als falsch abzuwerten. Sie selbst sagt aber über die Mehrheit, sie bewege sich „im Nebel obskurer oder gar falscher Zahlen“ (ebd., S. 26), und wertet die Güte der Daten ab. Sie wendet sich gegen eine Stigmatisierung von „Corona-Leugnern“, sieht aber in der Gegenseite „ein stilles, fast freudiges Üben in der Akzeptanz von Bevormundung“ (ebd., S. 65) und attestiert ihr eine „kollektive Zwangsstörung“ (ebd.).

Abstruse Basis der Vergemeinschaftung

Auch die Gemeinschaft bildenden Inhalte erscheinen zum Teil beliebig. Einer der Interviewpartner bietet hierzu ein besonders prägnantes Beispiel. In seinem WhatsApp-Status teilt er einige Wochen nach dem Interview eine Fotomontage. Sie zeigt zwei deutsche Wetterkarten aus der ARD-Nachrichtensendung „Tagesthemen“ mit Claudia Kleinert als Wetterexpertin: Die obere, in frischen Grünschattierungen gehalten, stammt aus dem Juni 2017 mit Temperaturen von 37 Grad Celsius im Südwesten Deutschlands. Die untere Karte zeigt das gleiche Datum fünf Jahre später, also Juni 2022, mit rot unterlegten Regionen Deutschlands und Temperaturen etwas unterhalb derjenigen auf der ersten Wetterkarte, für den Südwesten 32 Grad.

Der Kommentar des Interviewten unter den Fotos lautet: „Oh nein, schaut mal, alle Temperaturen sind schon rot! 🤔 Für wie dumm halten die uns eigentlich?“ Die Betrachter*innen bemerken die Farbdifferenz und erkennen die alarmierende Wirkung der Rottöne gegenüber dem beruhigenden Grün. Sollte die ARD tatsächlich die Farbgebung gewechselt haben, wäre der Verdacht eines Klimawandelskeptikers befeuert, dass „die Medien“ ihr Publikum manipulieren. In diesem Fall wäre auch der Kommentar angebracht, der diesen Verdacht zum Ausdruck bringt. Wenige Mausclicks jedoch klären die Farbgebung der Wetterkarten auf: Handelt es sich beim oberen Bild um die Drei-Tage-Wettervorhersage, die immer in Grüntönen gehalten ist, zeigt die untere Abbildung die Vorhersage für den unmittelbar nächsten Tag. Diese ist den Temperaturen gemäß farblich gekennzeichnet: Blaue Töne stehen für Frost, rote Töne für heiße

Tage. Diese Information hätte der Interviewte ohne große Mühe finden können. Dass er die Fotomontage samt Kommentar postet, zeigt seine Bereitschaft, für die Gemeinschaftsbildung auch falsche Darstellungen zu nutzen, statt zu recherchieren. Die Gemeinschaft ist wichtiger als der Wahrheitsgehalt der Inhalte, auf denen sie fußt. Auch dieses Beispiel folgt dem Phänomen der Schuldumkehr: Indem der Interviewte eine irreführende Fotomontage postet, nutzt er Fake News, während er die ARD als manipulatorisch diffamiert.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN DIALOGS

Schon in der gemeinsamen Forschung stellte die eigene Positionierung zu den Corona-Maßnahmen eine Herausforderung dar. Durch die methodisch geleitete Analyse konnten wir mit der nötigen aufrichtigen Neugierde auch solche Deutungsmuster ernst nehmen, die uns fremd waren und sich abstrus anhörten. Auch wenn manche Äußerungen zunächst verschwörungsideologisch und demokratiefeindlich klangen, galt es, Hinweisen auf gestörte Anerkennung der Lebensführung oder bestimmte Überzeugungen nachzugehen sowie Ansatzpunkte für den Wunsch nach Vertrauen, Zusammenhalt und Dialogbereitschaft zu entdecken. In diesem Sinne hat unsere Forschung versucht, die Kritik Andersdenkender konstruktiv zu wenden, Reformbedürftigkeit zu verstehen und mögliche Wege zu finden, die eine weitere Verhärtung und Abschottung aufhalten können.

Dazu bieten die Ergebnisse nun einige Anhaltspunkte:

- Viele Maßnahmen-Gegner*innen sind leistungsethisch motiviert und suchen Anerkennung für ihre Anstrengungen.

Diese Anerkennung muss als Wertschätzung der Handlungsimpulse deutlich zum Ausdruck kommen. Sie bezieht sich nicht auf (abstruse) Ideologien,

sondern auf die wahrhaftige Bereitschaft, sich einzusetzen und einen wertvollen Teil zum Ganzen beizutragen. So zeigt der Heldenmythos vom Widerstandskampf bei den meisten Maßnahmen-Gegner*innen die Bereitschaft, sich in den Dienst eines höheren Ziels zu stellen. Worin ein solches gemeinsames Ziel bestehen kann, müsste Gegenstand neuer Dialoge sein.

- Die neuen Vergemeinschaftungen dienen als Mittel gegen erfahrenen Orientierungs- und Sinnverlust.

Dabei geht es nicht in erster Linie um Vertrauen. Wer Fake News sucht, findet welche, und seien sie so absurd wie die Fotomontage der Wetterberichte. Vielmehr geht es um Misstrauen, denn das verbindet eine neue Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Insofern ging es beim Dialog nicht um die inhaltlichen Argumente für oder gegen einzelne Maßnahmen oder um Verdächtigungen, was die Regierenden bezwecken wollten. Stattdessen muss die Funktion der Vergemeinschaftung erkannt und ernst genommen werden. Wenn es also um Vergewisserung von eigener Bedeutung und Sinn geht, dann muss der (neue) Dialog diese Bedürfnisse ernst nehmen und mit einer positiven Idee von Gemeinschaft ein Äquivalent zur Misstrauensgemeinschaft anbieten.

- Die Maßnahmen-Gegner*innen sind in der Mehrheit keine Demokratiefeinde.

Mögen die Auffassungen über eine lebendige, funktionierende und vertrauenswürdige Gestaltung des demokratischen Systems auch auseinandergehen und die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gänzlich unterschiedlich bewertet werden, so wünschen sich die meisten Interviewten auch anderer Untersuchungen die Beibehaltung der Demokratie. In dieser Übereinstimmung von Grundwerten liegt ein wichtiger Baustein für den zukünftigen Dialog. Davon ausgehend lassen sich Überlegungen anstellen, wie die deutsche Demokratie zu reformieren und lebendiger zu gestalten wäre.


Dass ein solcher Dialog möglich ist, zeigen nicht nur die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze im Rahmen der „Demokratie leben!“-Projekte. Wir haben in meiner Heimatstadt Unna einen ersten Anlauf für ein Reallabor

genommen: Das „Bunte Sofa“ ist ein neues Dialogformat (VHS Unna 2023), bei dem vierteljährlich Aufregertemen mit einem kurzen Input zur Diskussion gestellt werden und alle Seiten bei der anschließenden Diskussion erwünscht sind. Beim ersten „Sofa“ standen die hier referierten Corona-Ergebnisse zur Debatte (Pähler 2022). Und tatsächlich waren einige Maßnahmen-Gegner*innen erschienen. Dieser Dialog führte nicht zu gegenseitigen Positionswechseln, aber zum Zuhören und Erstnehmen. Insbesondere die Suche nach gemeinsamen Grundhaltungen erwies sich als möglich und ergiebig. Wir sind gespannt, wie sich die „Fronten“ beim nächsten Thema (Krieg gegen die Ukraine) verhalten, und hoffen auf demokratisierende Wirkungen in der Stadtgesellschaft.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Breyer, Jochen, und Tim Gorbauch (2021): Am Puls Deutschlands. Wie steht es um die Meinungsfreiheit? Film, [online] www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-am-puls-deutschlands---wie-steht-es-um-die-meinungsfreiheit-100.html [02.01.2023].
- Fischer, Ute (2009): Anerkennung, Integration und Geschlecht. Zur Sinnstiftung des modernen Subjekts, Bielefeld: transcript.
- Frei, Nadine, und Oliver Nachtwey (2021): Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Universität Basel, Heinrich-Böll Stiftung Baden-Württemberg, [online] www.boell-bw.de/sites/default/files/2022-01/Quellen%20des%20Querdenkertums_Frei_Nachtwey.pdf [02.01.2023].
- Guérot, Ulrike (2022): Wer schweigt, stimmt zu. Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen. Frankfurt am Main: Westend.
- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs. Berlin: Hanser Berlin.
- Oevermann, Ulrich (1995): Ein Modell der Struktur von Religiosität. Zugleich ein Modell von Lebenspraxis und von sozialer Zeit, in: Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): Biographie und Religion. Zwischen Ritual und Selbstsuche, Frankfurt am Main: Campus, S. 27–102.
- Oevermann, Ulrich (1973): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, in: sozialer-sinn, 1/2001, [online] www.sozialer-sinn.de/SozialerSinn_Inhaltsverzeichnis_2001-1.pdf [02.01.2023], S. 3–33.
- Pähler, Sebastian (2022): Neue Gesprächsreihe „Buntes Sofa“ Wie Corona die Gesellschaft spalten konnte. In: Hellweger Anzeiger 15.11.2022 www.hellwegeranzeiger.de/unna/buntes-sofa-neue-vhs-reihe-in-unna-weckt-neugier-auch-an-extremen-meinungen-w1811491-1000694091 [09.01.2023]
- Pantenburg, Johannes, Sven Reichardt Benedikt Sepp (2021): Wissensparallelwelten der „Querdenker“, in: Reichardt, Sven (Hrsg.): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt am Main: Campus, S. 29–66.

- Schäfer, Robert, und Nadine Frei (2021): Rationalismus und Mystifikation: zur formalen Pathetik des Dagegenseins, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, [online] <https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-021-00095-9> [02.01.2023].
- VHS Unna (2023): „Das bunte Sofa“ - wir reden über beWEGEnde Themen. <https://vhs-zib.de/programm/politik-gesellschaft-umwelt/aktuelle-politik-umwelt-gesellschaft/kurs/Das-bunte-Sofa-Frieden-in-Europa/231-1003#inhalt> [08.01.2023]
- Wernet, Andreas (2009): Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



**NUR MUT! EIN PROJEKT,
UM DIE „BEWEGLICHE
MITTE“ HERRENBERGS ZU
ERMUTIGEN, (WEITER)
ZIVILCOURAGE ZU ZEIGEN**

**HELEN AHNER, MANUELA EPTING, ALEXANDER RENZ,
VANESSA WATKINS**

Wie kann es gelingen, die Bewohner:innen einer Kleinstadt und ihrer Stadtteile – unabhängig von Alter, Herkunft, politischer Orientierung und Lebensstil – miteinander über ihr Zusammenleben ins Gespräch zu bringen und sie zu ermutigen, für demokratische Werte einzutreten? Vor dieser Frage stand die Partnerschaft für Demokratie, bestehend aus dem Team Beteiligung & Engagement der Stadt Herrenberg, dem Herrenberger Stadtjugendring und einem Begleitausschuss. In den Jahren 2018 und 2019 machte sich diese Partnerschaft auf den Weg, die verschiedenen Ortsteile der Stadt zu verbinden und deren Bewohner:innen zu mehr Einsatz für Toleranz und Vielfalt zu ermutigen. Als dritter Projektpartner kam das Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen hinzu, das neben wissenschaftlicher Expertise auf jahrzehntelange Erfahrung mit ähnlichen Projekten zurückgreifen konnte. Gemeinsam mit Alexander Renz und Helen Ahner vom Ludwig-Uhland-Institut entwickelten Vanessa Watkins als Vertreterin des federführenden Amtes und Manuela Epting als Vertreterin der Koordinations- und Fachstelle ein Konzept, um die „bewegliche Mitte“ Herrenbergs anzusprechen und sie zu einer konstruktiven Auseinandersetzung über das Zusammenleben in Herrenberg einzuladen. Übergeordnetes Ziel war es, Bürger:innen zum Sprechen zu bringen, bereits vorhandenen Mut und Einsatz für Demokratie – oft im Kleinen und manchmal sogar von den Engagierten selbst unbemerkt – sichtbar zu machen und die sonst eher autark agierenden Stadtteile Herrenbergs in einem verbindenden Format zusammenzubringen. Gefördert wurde das Projekt im Rahmen des „Demokratie Leben!“-Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

ZIELE UND HERAUSFORDERUNGEN

Herrenberg ist eine kleine baden-württembergische Stadt mit 33.000 Einwohner:innen im Stuttgarter Speckgürtel. Neben der Kernstadt zählen zu ihr sieben Stadtteile, die mit ihren gewachsenen Dorfstrukturen oft noch als autarke Orte

agieren und eine starke lokale Identität pflegen. Auch die daraus erwachsene Konkurrenz zwischen den Dörfern und Abgrenzungsversuche sind bis heute spürbar. Ein erstes Ziel des Projektes war es daher, die Stadtteile trotz ihrer – meist spielerisch ausgetragenen – Animositäten miteinander ins Gespräch zu bringen und sie für ein gemeinsames Projekt zu gewinnen. Herrenberg ist eine Stadt in Bewegung. Viele Menschen aus aller Welt kommen und gehen, finden dort ein Zuhause oder scheitern daran. Wie an vielen anderen Orten haben die globalen Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre in Herrenberg große Solidarität, aber auch Ablehnung hervorgerufen. Rechtspopulistisches Gedankengut hat auch in Herrenberg Fuß gefasst, genauso wie das Engagement und die Bereitschaft, sich für geflüchtete Menschen einzusetzen. Vor diesem Hintergrund war es ein zweites Ziel des Projektes, die Herrenberger:innen für demokratische Werte wie Vielfalt und Toleranz zu begeistern, den Einsatz dafür zu honorieren und sie darin zu bestärken, weiter dafür einzustehen. Beide Zielsetzungen richteten sich dezidiert an die „bewegliche Mitte“ der Stadt, an diejenigen, die sich lokal engagieren, ohne sich dabei unbedingt einer bestimmten politischen Richtung zuzuordnen, denen eher an konservativen Werten gelegen ist und deren Fokus vor allem auf dem Zusammenleben im unmittelbaren Umfeld liegt. Um sie zu erreichen und zu mobilisieren, entwickelten die Projektpartner:innen ein Konzept, dass auf bereits bestehenden, funktionierenden lokalen Strukturen aufbaute und ohne Vorurteile und große politisch und moralisch aufgeladene Konzepte auf die Suche nach Mut und Zivilcourage im Alltag ging.

HINGEHEN – MUTGESCHICHTEN SAMMELN

Entsprechend wählten die Organisator:innen einen Zugang, der positive Erfahrungen in den Mittelpunkt stellte: Die Herrenberger:innen waren aufgefordert, Geschichten über Situationen zu teilen, in denen sie Mut beweisen mussten. Der Gedanke dahinter war es, auf diese offene Art über heraus-

fordernde Situationen und Ereignisse ins Gespräch zu kommen, die oft auch etwas über gesellschaftliche Brüche, Intoleranz und Vorurteile aussagen können, aber bereits konstruktive Handlungsansätze enthalten. Um es möglichst einfach zu machen, eine Mutgeschichte zu teilen, begegneten die Studierenden der Empirischen Kulturwissenschaft, die die Geschichten sammelten und bearbeiteten, den Herrenberger:innen vor Ort. Mit dem „Mutmobil“ – einem gelben, auffälligen VW-Bus – tourten sie im Jahr 2018 durch die Stadtteile, besuchten lokale Events und befragten die Herrenberger:innen dort, wo sie sich wohlfühlen und gesellig sind. Die Stadtteile wurden mit Projektmitteln über „Demokratie leben!“ finanziell unterstützt, wenn sie die bereits bestehenden Feste und Events für die Mutgeschichten-Sammlung öffneten. So entstand weder zusätzlicher Aufwand für die örtlichen ehrenamtlichen Organisator:innen, die häufig sehr viel Zeit und Energie in ihr Engagement stecken, noch mussten die Herrenberger:innen für ein zusätzliches Event mobilisiert werden. Die enge Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort war von der Wertschätzung ihres Engagements geprägt, baute Barrieren ab und schaffte niederschwellige Zugänge. Wem es auf den Dorf- und Events zu laut und zu voll zum Erzählen war, den:die besuchten die Studierenden zu Hause. So entstand eine Sammlung von über 100 Geschichten, in denen sich Mut in zahlreichen Facetten widerspiegelte.

FEIERN – EINE AUSSTELLUNG FÜR ALLE

Auf dieser Grundlage erarbeiteten die Tübinger Studierenden im Jahr 2019 eine Ausstellung mit dem Titel „Nur Mut! – Herrenberger Geschichten über Mut und Zivilcourage“, die zunächst einen Monat lang in der Herrenberger Stadtbibliothek zu sehen war. Darin wurden über 30 – aus inhaltlichen und räumlichen Gründen leider nicht alle – Geschichten präsentiert und konnten an Hörstationen miterlebt werden. Gerahmt waren sie von allgemeinen Gedanken-

anstoßen zum Thema Mut in Herrenberg. Die Ausstellung diente dazu, die Ergebnisse der Geschichtensammlung zugänglich zu machen, den Mut derjenigen wertzuschätzen, die ihre Geschichten geteilt hatten, sowie Besucher:innen Mut zu machen. Besonders bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung, zu der die Erzähler:innen, Multiplikator:innen und Engagierten vor Ort sowie alle Herrenberger:innen eingeladen waren, kam ein starkes Gemeinschaftsgefühl auf. Das gemeinsame Fest war ein Ereignis, das der stadtteilverbindenden Idee des Projektes Gestalt verlieh. Es gab noch einmal Anlass zum Austausch und bot eine Plattform, auf der das Engagement aller Teilnehmenden honoriert wurde und zu künftigem Einsatz motivierte. Die Ausstellung interessierte die Stadtgesellschaft über die Eröffnung hinaus: Die dezentralen Veranstaltungen im Vorfeld hatten Aufmerksamkeit für das Thema geweckt. Viele Herrenberger:innen hatten durch ihre Begegnungen mit dem Mutmobil einen persönlichen Bezug zum Projekt aufgebaut, sodass die Ausstellung große Resonanz erfuhr und zahlreiche Menschen anlockte. Auch die „Laufkundschaft“ der Stadtbibliothek nahm die Ausstellung wahr.

VERBINDEN – ÜBER STADTTEILGRENZEN HINWEG

Die Präsentation in der Stadtbibliothek war zugleich der Startschuss für eine Tournee der Ausstellung: Die von der Gestalterin Thuy-Van Nguyen-Khanh modular erdachte und aus fünf Themenstationen gebaute Schau wanderte im Jahr 2019 in die Herrenberger Stadtteile, wo sie um Mutgeschichten der jeweiligen Bewohner:innen ergänzt und dadurch mit Lokalkolorit versehen wurde. So kamen zum einen bisher nicht präsentierte Mutgeschichten zu Gehör, zum andern hatte nun jeder Stadtteil die Chance, sie ins Dorfleben zu integrieren und durch Begleitveranstaltungen lokal zu verankern. Doch auch die Ausstellungstournee war vom Gedanken des Zusammenlebens über die Stadtteilgrenzen hinweg getragen: An jedem Ort wurden Geschichten aus verschiede-

nen Stadtteilen präsentiert und neben Bewohner:innen des jeweiligen Stadtteils besuchten auch andere die Ausstellungen – so brachte das Projekt die Stadt in Bewegung.

LERNEN – EIN FAZIT

Das Projekt bleibt allen Beteiligten als Erfolg in Erinnerung. Es erfüllte seine Ziele – die Stadt über soziale und lokale Grenzen hinweg zusammenzubringen und zu mobilisieren – und ermöglichte den Organisator:innen eine Vielzahl an Erfahrungen. Drei besonders bemerkenswerte Aspekte können für ähnliche Vorhaben hilfreich sein:

- *Erreichbarkeit der „beweglichen Mitte“:* Um diese schwer zu greifende Zielgruppe zu erreichen, ist es notwendig, sich mit ehrlichem Interesse mit den bereits bestehenden Strukturen und Formaten des Zusammenlebens auseinanderzusetzen, Multiplikator:innen auszumachen und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen.
- *Zusammenarbeit mit Universitäten:* Die Zusammenarbeit war für beide Seiten gewinnbringend; für Studierende stellte das Projekt eine Chance dar, ihr Wissen in der Praxis zu erproben, Einblicke in Berufsfelder zu bekommen sowie aus dem „Elfenbeinturm“ der Universität in den ländlichen Alltag und dessen Lebensrealität zu gelangen; für die Universität war es eine Gelegenheit, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Die kommunalen Organisator:innen konnten durch die Kooperation auf die Expertise und Erfahrung der universitären Einrichtung (Interviewführung und Auswertung) sowie auf Studierende als Mitarbeiter:innen zugreifen. Das Projekt wurde erst dadurch umsetzbar, erhielt inhaltliche Tiefe und Professionalität. Die Zusammenarbeit mit Universitäten erfordert einen mindestens einjährigen Vorlauf und der Semestertakt muss mit bedacht werden.

- *Teilhabe und Ausschluss*: Trotz großer Mühen und einer umsichtigen Planung ist es nicht gelungen, alle Herrenberger:innen gleichermaßen anzusprechen. So fiel auf, dass nur wenige Mutgeschichten aus der Gruppe der 15- bis 35-Jährigen kamen. Auch birgt das Prinzip, Multiplikator:innen anzusprechen, die Gefahr, dass vor allem bereits bekannte und in Sozialstrukturen eingebundene Akteur:innen eine Bühne erhalten; andere, weniger eingebundene und bekannte Menschen werden seltener angesprochen. Wer von vorneherein nicht zu Dorffesten und lokalen Events geht, ist nur schwer zu erreichen. Es ist nahezu unmöglich, ein Projekt ohne derartige Schwachstellen umzusetzen. Auch die sorgfältigsten Planungen und Konzepte weisen Lücken auf. Demgegenüber stehen jedoch die vielen Menschen aus der „beweglichen Mitte“, die sich durch das Mutgeschichten-Projekt mobilisieren ließen. Dennoch ist es uns im Sinne einer kritischen Selbstreflexion wichtig, auf diese Ausschlussmechanismen aufmerksam zu machen.

Das Projekt war vor allem erfolgreich, weil es auf positive Werte und Erfahrungen zielte, indem es Menschen mit der Frage nach persönlichen Mutgeschichten in ihrem Alltag und ihren spezifischen Lebenswelten abholte. Es honorierte sie für ihren Einsatz und lud zu einer offenen Auseinandersetzung über das Zusammenleben ein. Gerade die Bereitschaft, sich auf einen ehrlichen, wertschätzenden Austausch einzulassen – auch auf die Gefahr hin, unbequemen Haltungen und Meinungen zu begegnen –, scheint uns ein wichtiger Grundsatz zu sein, um die „bewegliche Mitte“ zu erreichen.



**DAS FORMAT
„DEBATTEN-CAFÉ
STIMMUNGSBAROMETER“**

MICHAEL WEINBERG

Im Jahr 2022 hat der Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V. im Rahmen des Projekts „Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ ein neues und innovatives Format der politischen Bildung auf den Weg gebracht: das „Debatten-Café Stimmungsbarometer“.

Dabei geht es zum einen um die Stärkung der Debattierkultur innerhalb der jeweiligen Mitgliederorganisationen und darum, den Anwesenden eine Plattform zur Äußerung ihrer angestauten Ängste, Ärgernisse und Bedarfe zu bieten. Das Wort „Stimmungsbarometer“ verweist auf ein weiteres Ziel des Formats. Das Geäußerte soll visuell messbar werden. Dadurch kann man Erkenntnisse darüber gewinnen, ob die Menschen in den jeweiligen Vereinen in Bezug auf die debattierten Themen der sogenannten „beweglichen Mitte“ zugerechnet werden können. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von skeptisch eingestellten bzw. ideologisch nicht festgelegten Vertreter*innen der Gesellschaft.

Wie aber sieht nun das Ganze in der praktischen Umsetzung aus? In den meisten Fällen wird das Thema der Debatte selbst gewählt. Dabei gehen die Organisator*innen von den aktuellen Interessen und Redebedarfen der Menschen in den jeweiligen Vereinen aus. In einzelnen Fällen liefert das Projektteam den Organisator*innen Ideen und Rahmen zur Wahl eines optimalen Themas.

Ist dieses einmal gefunden, erarbeitet das Projektteam anschließend in Abstimmung mit dem/der Organisator*in sechs bis acht themenbezogene Thesen, die als Impulse für die Debatte dienen. Dies gelingt unter anderem durch eine provokative, überspitzte Formulierung.

Hier ein paar ausgewählte Beispiele:

- „Die ethnische und kulturelle Vielfalt könnte ein Hindernis/Störfaktor auf dem Weg zum friedlichen Zusammenleben in Deutschland sein.“
- „Die traditionellen/etablierten Medien versuchen oftmals die Wahrheit zu verschleiern und den Menschen ein manipuliertes Bild des Geschehens aufzuzwingen.“
- „Kriege und die globale Erwärmung führen zur massiven Fluchtbewegung aus den Ländern des globalen Südens, womit Deutschland nicht fertig wird.“

Der/Die Moderator*in stellt den Teilnehmer*innen jeweils eine These vor (visuell und mündlich) und gibt ihnen anschließend die Möglichkeit, sich innerhalb von etwa zwei Minuten auf einer Skala von minus fünf bis plus fünf zu positionieren. Dabei steht minus fünf für eine komplette Ablehnung der These und plus fünf für volle Zustimmung. Je nach Intensivität der subjektiven Einschätzung kann man sich auch in dem Bereich dazwischen, also zum Beispiel bei plus zwei, minus drei oder null, positionieren, wobei die letztere Wahl für eine gänzlich neutrale Position steht.

Sobald sich die Teilnehmenden für eine Zahl entschieden haben, werden sie gebeten, sie aufzuschreiben und dem/der Moderator*in zu zeigen. Dadurch bekommt er/sie eine gute Übersicht über die verschiedenen Positionierungen zur jeweiligen These, kann eine strukturierte Debatte aufbauen und überlegen welche Teilnehmenden am besten gegeneinander debattieren könnten.


Durch geschickt formulierte Fragen animiert er/sie die Teilnehmenden dazu, ihre Positionen durch Argumente zu untermauern, Gegenargumente zu liefern oder darauf zu antworten. Daraus entwickelt sich häufig eine temperamentvolle Debatte. Der Respekt bleibt gewahrt, denn der/die Moderator*in achtet darauf, dass die rote Linie (Beleidigungen, Diskriminierung) nie überschritten wird, und greift im Notfall ein.

Sollten sich bei einer These die meisten oder gar alle Teilnehmenden auf fast dieselbe Position festlegen, nimmt der/die Moderator*in die jeweils entgegengesetzte Position ein. Dabei greift er/sie auf bekannte populistische Argumente sowie eine entsprechende Rhetorik zurück und versucht die Gruppe zu einer Debatte gegen ihn/sie zu bewegen. Für die Anwendung dieser Art der Moderation und Leitung einer Debatte braucht es Erfahrung: jahrelange Arbeit im sozialen Bereich, insbesondere der politischen Bildung, eine gute Kenntnis der aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und Übung im Umgang mit Publikum, da man eine eventuell unbequeme Rolle (Populist, Rechter, Rassist) einnehmen und den Dialog aus dieser Perspektive führen muss.

Die Ergebnisse der bereits durchgeführten Cafés zeigen, dass dieses Format viele Menschen dazu anregt, über für sie scheinbar feststehende Wahrheiten zu

reflektieren und sich einem Dialog darüber zu öffnen. Ein solches Resultat ist ganz im Sinn der Arbeit mit der „beweglichen Mitte“. Zudem sehen viele Leiter*innen der jeweiligen Organisationen einen starken Impuls für die Professionalisierung der Kommunikationskultur ihrer Mitglieder und wünschen sich eine regelmäßige Durchführung solcher Debattenformate.

Die Stimmungen der jeweiligen Cafés, die Positionierungen der Teilnehmenden, werden auf einer Skala anonym festgehalten und später vom Projektteam ausgewertet.



**ANTIRASSISMUS-
BEAUFTRAGTER DES
CHEMNITZER FUSSBALL-
CLUBS – EIN SYSTEMISCHER
SELBSTVERSUCH**

MARTIN ZIEGENHAGEN

In der Nähe des Chemnitzer Stadtfestes wurden im August 2018 ein junger Mann durch Messerstiche tödlich und zwei weitere schwer verletzt. Als Täter wurden junge geflüchtete Männer identifiziert. In der weiteren Folge kam es zu spontanen Kundgebungen. Menschen, die trauerten, und Menschen, die diese Gewalttat für eigene politische Interessen nutzen wollten, marschierten gemeinsam. Ihren Höhepunkt fanden die Kundgebungen in einem gemeinsamen Demonstrationzug, der von asylkritischen, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik dominiert wurde, organisiert vorrangig durch die Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“. Sie nutzte die allgemeinen Proteste gegen die Asylpolitik des Landes und fühlte sich legitimiert, Gewalttaten auszuüben, sich offen rassistisch zu äußern und Bürgerstreifen zu organisieren.

Menschen mit Migrationsgeschichte, Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, Polizistinnen und Polizisten, Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie unbeteiligte Passantinnen und Passanten wurden Opfer rassistischer und hasserfüllter Gewalt. Es wurden Anschläge auf Restaurants verübt, deren Besitzer einen Migrationshintergrund hatten, und auch auf ein jüdisches Restaurant. Es gab eine „Bürgerstreife“, die sich „Revolution Chemnitz“ nannte, es wurden volksverhetzende Parolen skandiert und der Hitlergruß gezeigt. Im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen wurde statt zur Distanzierung von Gewalt zur aktiven Verteidigung aufgerufen.

Diese gewalttätigen Ausschreitungen sind vielen Menschen in ganz Deutschland nachhaltig im Gedächtnis geblieben und können als Ausgangspunkt für meine ehrenamtliche Tätigkeit beim Chemnitzer FC gelten. Denn im Zuge der Ereignisse wurde sichtbar, was vorher bereits bekannt war: Teile der Fanszene des Chemnitzer FC sind eng mit der rechtsextremistischen Gruppe „Pro Chemnitz“ und der Partei „Die Rechte“ vernetzt. Mitglieder der Partei „Die Rechte“ aus Dortmund sind in der Chemnitzer Fanszene aktiv. Druckerzeugnisse unter dem Titel „Chemnitz vereint“ wiesen darauf hin, dass die Chemnitzer Fanszene, Hooligans und Rechtsextreme ein starkes Netzwerk bilden, das bis heute existiert. Ein weiterer Ausdruck dieser Vernetzung war 2019 eine während eines Heimspiels im Stadion inszenierte Trauerfeier zu Ehren des stadt-

bundes- und europaweit bekannten Fans Thomas Haller, der die Gruppierung HooNaRa (HooligansNazisRassisten) gegründet hat.

Der Verein, damals noch Drittligist, wurde daraufhin vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes hart bestraft und unter Bewährung gestellt. Als Teil der Strafe erhielt der CFC die Auflage, einen Antirassismusbeauftragten einzusetzen. Die genaue Definition der Aufgaben eines Antirassismusbeauftragten überließ man dem Verein. Da ich einige Jahre zuvor das Netzwerk „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Fußball“ der ostdeutschen Fußballverbände koordiniert und dessen regelmäßige Treffen moderiert hatte, wurde ich angesprochen, ob ich mir vorstellen könne, dieses Amt zu übernehmen.

„Wie stelle ich das bloß an?“, fragte ich mich insgeheim, nachdem ich zugesagt hatte. Das eine ist, so ein Geschehen von außen zu betrachten und klug daherzureden, was alles getan und an welchen Stellschrauben gedreht werden müsse. Das andere ist, es tatsächlich tun zu müssen, in einem Fußballverein, der seinen Ruf ordentlich ramponiert, wenn nicht gar komplett ruiniert hat: als er in jenen Jahren einer Schar Rechtsextremisten allzu leichtfertig seine Stadiontribüne überließ und ihr zu wenig entgegensetzte, als sie sich in der Öffentlichkeit erdreistete, das Erscheinungsbild des Vereins in tiefbraunes Licht zu rücken.

Dabei trug der Verein nicht etwa selbst rechtsextremistisches Gedankengut in sich oder sympathisierte damit – davon konnte damals und kann heute erst recht keine Rede sein. Aber der Verein ist seiner Rolle als wichtiger gesellschaftlicher Akteur und als bedeutsame Sozialisationsinstanz für junge Menschen in der Region nicht gerecht geworden. Dass der Chemnitzer FC seine demokratische Haltung in den Tagen der Ausschreitungen nicht klar und unmissverständlich zum Ausdruck brachte, muss als ein schwerwiegendes Versäumnis angesehen werden.

Es wäre leicht gewesen zu sagen: „Die gehören nicht zu uns. Auch wenn sie das behaupten. Mit Menschen- und Demokratiefeinden haben wir nichts zu tun! Wir werden sie immer bekämpfen und ihnen in unserer Mitte keinen Platz

geben!“ So, wie es der Verein heute tut. „15.000 Plätze und keiner für Nazis!“, prangt heute in großen Lettern über dem Stadion und ist auf der Website zu lesen. Heute sagt und weiß der Verein, dass es eine Stärke ist, sich offensiv mit der Tatsache einer gewissen Anzahl von Rechtsextremisten in der Fankurve auseinanderzusetzen. Heute weiß der Verein, wo der Hebel anzusetzen ist. Es gilt diejenigen wiederzugewinnen, die sich damals und in den Folgejahren vom CFC abgewendet haben, weil sie eine deutliche Abgrenzung und eine klare Haltung vermissten. Die irritiert davon waren, dass der Verein sich für Dinge, die in seinem Stadion geschahen, nicht als zuständig erklärte. Heute arbeitet der CFC daran, diese Menschen wieder ins Stadion zu holen: die demokratische Mehrheit, die sich am Fußballsport erfreuen möchte und mit vollem Herzen mit dem Heimatverein fiebert. Heute weiß man, es darf und soll Rechtsextremen keinen Spaß mehr machen, ins Stadion zu gehen. Weil die anderen lauter sind und weil ihnen deutlich gezeigt wird, dass ihre Strategie der Raumergreifung und der Einschüchterung nicht mehr verfängt. Weil sie eben nur eine kleine Schar sind, deren kurzfristiger Erfolg daraus resultierte, dass man perplex war angesichts ihrer Unverfrorenheit und rohen Gewalt.

Neben der Fassungslosigkeit angesichts des brutalen Vorgehens beging man außerdem einen Fehler, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Rechtsextremismus zieht. Man nahm die Protagonisten vor Ort nicht ernst, glaubte nicht wirklich, dass da organisierte, gefährliche und absolut überzeugte rechtsextreme Überzeugungstäterinnen und -täter am Werk sind, deren erklärtes Ziel es ist, sich ein ganzes Stadion untertan zu machen, um von dort aus ihr eigentliches Vorhaben zu propagieren: die Abschaffung der demokratischen Gesellschaft zugunsten eines vierten Reiches.

Nach 2018 wurde das Problem mit Neonazis in Chemnitz nicht kleiner, im Gegenteil: Sie erhielten Zuwachs aus dem Westen. Rechtsextreme aus Dortmund zogen gezielt dorthin, weil es ihnen mit den demokratischen Fans von Borussia Dortmund zu anstrengend wurde, die sie erst aus dem Stadion und dann aus der Stadt geschrien und gepfiffen hatten. In Dortmund hatten die Fans verstanden, dass der eherne Grundsatz der Fußballfans „Keine Politik in der Kurve“ Menschenrechte und Verfassung nicht außer Kraft setzt. Doch auch

dort war es ein langer Prozess, einen Umgang mit Neonazi-Fans zu finden. Aber letztlich verlief er erfolgreich. Der Rechtsextremismus hat bislang immer dann den Rückzug angetreten, wenn ihm entschlossen und klar die Stirn geboten wurde. Dazu braucht es allerdings einen langen Atem und den Schulterschluss aller Beteiligten.

Dies in Chemnitz zu organisieren ist nach wie vor meine Aufgabe. Der Reiz bestand für mich vom ersten Tag an darin, dass ich völlig freie Hand in meinem Vorgehen hatte, mir wurde von Beginn an großes Vertrauen entgegengebracht. Der Verein schlug sich zum Zeitpunkt meines Einstiegs zudem mit einem Insolvenzverfahren und der damit verbundenen Schwierigkeit herum, einen handlungsfähigen Vorstand zu installieren. Ich traf auf einen strukturell strapazierten und in der Neuausrichtung befindlichen Club. In dieser Phase war es mir möglich, mich in Ruhe zu orientieren und den Verein und sein Umfeld kennenzulernen. Denn es war mein Ziel, das Ganze streng systemisch anzugehen: Ich habe die Personen und Gruppen vor Ort prinzipiell als Menschen angesehen, „die unter geeigneten Bedingungen auch anders können – im weitesten Sinn konstruktiver“ (Loth, S. 11). Ich wollte geeignete Bedingungen schaffen, um im konstruktiven Dialog gemeinsam mit allen relevanten Akteuren vor Ort Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, den rechten Fangruppierungen im Stadion und im Vereinsumfeld das Wasser abzugraben und die Mehrheit der Demokraten in Chemnitz zur Unterstützung zu gewinnen.

Im systemischen Ansatz wird ein Unternehmen, eine Abteilung, eine Gruppe oder ein Fußballverein als soziales System betrachtet, das von außen nur verstanden werden kann, wenn die Regeln bekannt sind, die das Verhalten der Personen in diesem System leiten. Gibt es irgendwo Probleme oder Veränderungsbedarf, sind diese nur unter Einbeziehung des sozialen Systems und seiner inneren Regeln zu erkennen und zu lösen.

Kurz gesagt, es ging um die Identifizierung von Strukturen, die für eine Problemlösung und eine Veränderung infrage kamen, und darum, die dort Beteiligten anschließend für einen Veränderungsprozess zu gewinnen. Ich erkannte den Verein und seine instabile Struktur als ein tendenziell dysfunktionales System,

das tat, was alle Systeme in vergleichbarer Situation tun: Einmal eingespielt, behalten sie das Verhalten, das zur Dysfunktionalität geführt hat, hartnäckig bei. Das soziale System Chemnitzer FC war angesichts der massiven strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten und des unzulänglichen Agierens im Zusammenhang mit der rechtsextremen Fanklientel arg aus der Balance geraten und tat zu diesem Zeitpunkt alles dafür, dass dies auch so blieb.

Ich kam zu dem Ergebnis, dass eine Reihe von Kompetenzen und Ressourcen erworben oder aktiviert werden mussten, um dieses System wieder in die Balance zu bringen. Dies ist nach wie vor nur prozesshaft zu realisieren und stellt in der konkreten Umsetzung eine Mischung aus Beratung, historisch-politischer Bildung, pädagogischen Konzepten und langfristiger Begleitung dar. Dieser Prozess ist fortlaufend im Gang und nimmt nach nunmehr zwei pandemischen Jahren mehr und mehr Form an. Es gibt Partnerschaften mit verschiedenen Schulen, der Verein bietet antirassistische, demokratiefördernde Workshops an. Ein partizipativer Leitbildprozess ist abgeschlossen und ein Leitbild verabschiedet. Ein Prüfkatalog und ein Konzept, wie es gelingen kann, den Worten des Leitbilds konkrete Taten folgen zu lassen, sind in Arbeit. Die Satzung des Vereins und die Stadionordnung sind verändert. Diverse Hausverbote für unerwünschte Personen, die sich Fans nennen, aber deren Haltung und Erscheinung mit den Werten des Vereins unvereinbar sind, wurden ausgesprochen und werden weiter ausgesprochen, sobald es Anlass dazu gibt. Der Verein erlebt sich mehr und mehr als handlungsfähig. Wir haben viel geschafft.

Dazu hat wesentlich beigetragen, dass ich neben dem sozialen System Verein, zu dem auch noch ein Nachwuchsleistungszentrum und ein großer Trainerstab sowie ein Förderverein gehören, von vornherein stark auf das Systemumfeld zugegangen bin. In der Hoffnung, dass das System Verein in Schwingung gerät, wenn von außen ein anderes System daran rüttelt. Das andere System sind die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Chemnitzer Initiativen und Projekte, die mich von Anfang an stark dabei unterstützt haben, die Menschen, die sich vom CFC abgewandt haben, zurückzugewinnen und zusätzlich neue Besucher- und Anhängerschaft zu generieren. Und auch wenn sich Systeme grundsätzlich von ihrer Umwelt, sprich anderen Systemen, abgrenzen, geht das

Kalkül auf, dass Systeme in Bewegung geraten, wenn sie aufeinander reagieren. Immer noch zögerlich und sehr langsam geht man aufeinander zu. Aber das Vertrauen wächst und es ist keineswegs hinderlich, dass Chemnitz im Jahr 2025 Kulturhauptstadt Europas sein wird. Dies bietet für beide Seiten Chancen und erzeugt eine gewisse Mitverantwortung für das Bild der Stadt Chemnitz in der öffentlichen, europäischen Wahrnehmung.

An diesem Prozess bin ich weiterhin beteiligt, achte darauf, dass – weiteres systemisches Prinzip – die Beteiligten vor Ort die Experten für ihr Thema bleiben, und versuche Perspektivwechsel zu ermöglichen, Anregungen zu geben und das Ganze zu begleiten.

Vieles ist bereits geschafft. Gleichwohl ist der Weg noch weit und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die andere Seite nicht schläft und wir es mit wechselseitig lernenden Systemen zu tun haben. Wir haben den einen oder anderen Punkt gemacht. Das Spiel ist noch lange nicht gewonnen. Jüngst hat sich eine neue rechtsextremistische Gruppierung gegründet, „Kamenica Furor“, möglicherweise eine Nachfolgeorganisation von HooNaRa oder weiteren ehemaligen Gruppierungen, wie NS-Boys oder Kaotic. Unter der Führung zugezogener westdeutscher Aktivistinnen und Aktivisten? Einen ersten Auftrittsversuch mit Banner und Choreografie anlässlich eines Heimspiels konnten wir verhindern. Ein Erfolg. Aber es bleibt weiterhin ein Wettstreit.

Letztlich auch ein Wettstreit um die Vorherrschaft in der Kurve. Es gilt, hier eine „kritische Masse“ herzustellen, also eine ausreichende Anzahl derjenigen Fans zu erreichen und aktiv zu unterstützen, die im wahrsten Sinn des Wortes in der Mitte stehen. In der Mitte der Fankurve. Dort, wo der eherne Grundsatz von Fußballfans „keine Politik in der Kurve“ fehlinterpretiert bzw. als höherwertiger angesehen wird als sich gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit zu positionieren. Diese spezielle Art der beweglichen Mitte zu erreichen, ist eine zusätzliche und absolut notwendige Aufgabe. Es kann mit den beschriebenen Maßnahmen erreicht werden, dass rechtsextremistische Kräfte im Stadion in die Defensive geraten. Aber nur, wenn diejenigen, die schwanken, der beweglichen Mitte angehören, die möglicherweise selbst mit der Demokratie oder

ihrer gefühlten Umsetzung hadern, sich klar bekennen, kann es gelingen, die Kurve nazifrei zu machen. Sie müssen sich dagegen stellen. Dies erfordert Courage. Denn Rechtsextremismus bedeutet, auf den kleinsten Nenner gebracht, immer Rassismus und Gewalt. Und die Gewalt der Chemnitzer Nazi-szene wird zu Recht gefürchtet.

Trotzdem melden sich immer öfter Fans und melden Fälle von Rassismus oder rechtsextremistischer Übergriffe. Auf die der Verein sofort reagiert. Das ist ein weiterer Erfolg. Aber längst noch kein Anlass, in den Bemühungen nachzulassen. Das hat in Chemnitz auch niemand vor. Nicht in der Stadt und nicht beim Chemnitzer FC.

Literatur:

Loth, Wolfgang: Der Systemische Ansatz und seine Praxisfelder, Systemische Gesellschaft e.V. (Hrsg.), [online] https://systemische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2021/10/SG_Systemischer-Ansatz-und-seine-Praxisfelder.pdf, [11.12.2022], S. 11.

**WIE WIRKEN SICH
DIE KRISEN DER
VERGANGENEN JAHRE FÜR
DIE ORGANISATION
EHRENAMTLICHER ARBEIT
VOR ORT AUS?**

PATRICK KOLZUNIAK

Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit.

Das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.

Perikles

1. EINLEITUNG

Zahlreiche globale und europäische Krisenphänomene sind in den vergangenen Jahren auch in vielen deutschen Kommunen konkret spürbar geworden und haben das Handeln der Zivilgesellschaft geprägt. Besonders deutlich gilt dies für

- die Fluchtbewegungen infolge der Niederschlagung des Arabischen Frühlings und des Aufkommens des IS-Terrors seit ca. 2014;
- die globale Covid-19-Pandemie seit März 2020 mit all ihren gesellschaftlichen Folgen sowie
- den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 mit seinen gesellschaftlichen Folgewirkungen.

Wie Digitalisierung, demografischer Wandel und Klimaanpassung die Lebenswirklichkeiten und damit auch die Forderungen an die Zivilgesellschaft verändern werden, spüren viele Menschen in wachsender Geschwindigkeit bereits seit einigen Jahren.

Wenn dieser Aufsatz die drei erstgenannten Krisen fokussiert, geht es dabei um zweierlei: einerseits den Status Quo zu skizzieren (Kapitel 2) und andererseits aus den Erfahrungen bisherigen zivilgesellschaftlichen Krisenmanagements Ansätze einer neuen Kultur der Kooperation für Ehrenamt zu skizzieren (Kapitel 3).

Für eine wirksame Ehrenamtskultur ist die enge Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Verbänden eine unbedingte Voraussetzung.

2. WAS IST GESCHEHEN?

2.1 Flüchtlingskrise – die Mühen der Ebene

Der Blick in viele deutsche Kommunen zeigt, dass die Vorausschau verantwortlicher Menschen sowie das überwältigende Engagement vieler Bürger*innen bei der Integration von Flüchtlingen zum Beispiel aus Syrien, Afghanistan und dem Irak seit 2014 eine Glanzleistung war. Der viel kritisierte Satz der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel „Wir schaffen das“ lässt sich frei nach Bertolt Brecht für die Mühen der Höhen – also die gute und sichere Integration aller Geflüchteten in die jeweiligen Gemeinden – weitgehend als verwirklicht betrachten. Bei den Mühen der Ebene – der Integration in Bildung und Arbeitsmarkt – stellt sich die Sicht deutlich differenzierter, aber insgesamt eher positiv dar.

In Salzgitter beispielsweise war es dem professionellen Krisenmanagement der damaligen Sozialdezernentin Christa Frenzel (2012–19) zu verdanken, dass frühzeitig ein Netzwerk haupt- und ehrenamtlicher Unterstützung für Erstversorgung, Bildung und Integration wirksam seine Arbeit aufnahm. Es entstand ein stabiles Netz von Ehrenamtlichen sowie eine hohe Selbstwirksamkeit von Geflüchteten, die als Multiplikator*innen anerkennenswerte Leistungen erbrachten. Auch die flankierenden Maßnahmen der Niedersächsischen Landesregierung Staatskanzlei (z. B. „Niedersachsen packt an“) belegen, dass politische „Player“ Ehrenamt als zentralen Baustein guter Integration erkannt haben.

Dennoch gilt es, gegenüber Schwierigkeiten aufmerksam zu bleiben. Integration ist keine Einbahnstraße – die Verweigerung der Teilhabe einer Minderheit von Zugewanderten existiert ebenso wie die Verweigerung des Zusammenlebens seitens einer Minderheit Einheimischer.

Der präzise Blick auf Gruppen, die über weniger Integrationschancen verfügen, wie Bildungsferne oder unbegleitete Minderjährige, bleibt weiterhin gefordert.

Genauso gilt es, steigende Erfolge extremistischer Parteien und das stetige Wachstum zuwanderungsfeindlicher Hassreden genau wahrzunehmen – Trends, die in vielen Kommunen lange unterhalb der Wahrnehmungsschwelle geblieben sind, aber existieren.

Ebenso gilt es zu beachten, dass sich viele Ehrenamtliche enorm stark engagieren, was zu Burn-out oder Rückzug aus der Tätigkeit führen kann.

Klar erkennen lässt sich auch, dass öffentliche Förderungen vornehmlich projektorientiert geschehen, solange Probleme deutlich sichtbar sind. Bei Nachlassen unter die Wahrnehmungsschwelle werden Zuwendungen jedoch häufig nicht verlängert (vgl. hierzu Nds. Landtag 2022, S. 83, 98, 113). Dieses Muster konterkariert langfristige Aufbauarbeit und es bleibt abzuwarten, ob die konstruktiven Vorschläge der Niedersächsischen Enquetekommission zum Ehrenamt sich in Regierungshandeln niederschlagen, etwa die Prüfung mittelfristiger Förderungen oder die Vereinfachung der Projektbeantragung (vgl. Nds. Landtag 2022, S. 129).

Daher sollte meines Erachtens künftig besonderes Augenmerk auf der Sicherstellung guter sozialer Arbeit in bestimmten Quartieren gelegt werden. Hierzu können auch Cross-over-Projekte entwickelt werden, die zum Beispiel gleichermaßen Migrant*innen und Senior*innen adressieren. Viele Stadtteilzentren arbeiten bereits so – das Rad braucht also nicht neu erfunden zu werden.

2.1 Corona-Krise – Erschütterungen des öffentlichen Raumes

In vielen Kommunen erschütterte weniger das erstmalige Auftreten des Corona-Virus ab März 2020 den sozialen Zusammenhalt als vielmehr die wahrgenommene allgemeine Perspektivlosigkeit im Rahmen des zweiten Lockdowns ab Herbst 2020.

Die Vereinzelung in sozial weniger stark integrierten Gruppen wie Migrant*innen, Senior*innen oder bei Einkommensschwachen, die Überforderung vieler Familien und ein wachsendes Klima der Reizbarkeit auch unter Engagierten setzten Prozesse der Resignation in Gang. All das führte aber auch zu einer

wachsenden Sichtbarkeit von „Angst-Unternehmer*innen“, die soziale Irritationen als Nährboden für Verschwörungserzählungen nutzten.

Ich machte persönlich die Erfahrung, dass im ersten Lockdown viele Menschen über Einkaufshilfen oder Kontakttelefone den Austausch suchten, während im zweiten Lockdown zwar viele existenzielle Härten gut abgefedert waren, das Klima aber vom Miteinander häufiger zum Neben- oder auch Gegeneinander wechselte: Insbesondere in der Sozialen Arbeit, aber auch in Verwaltungen war zu erleben, dass die Zahl der Ratsuchenden und Einsamen massiv anstieg: So boten Freiwilligenagenturen Beratungen unter freiem Himmel an, Seniorentreffs richteten virtuelle Gesprächsformate ein und Körperschaften des Öffentlichen Rechts ermöglichten Videoprechstunden.

Andererseits gab es aber auch weniger erfreuliche Prozesse: Mehrdeutige Verhaltensempfehlungen irritierten die Öffentlichkeit, Sachbearbeiter*innen in Behörden waren nicht immer kontaktlos erreichbar, bürokratische Hürden bspw. bei der digitalen Abhaltung von Mitgliederversammlungen in Vereinen konnten erst langsam revidiert werden.

Aus dieser Mehrdeutigkeit öffentlicher Krisenbewältigung lässt sich lernen, dass eine einheitliche Kommunikation sowie eine Beschleunigung der Umsetzung guter Ideen in Notlagen für künftige Krisen optimiert werden müssen. Das betrifft auch den Arbeitskräftemangel in Pflegeeinrichtungen oder die Vermeidung von Missmanagement in der Einrichtung kommerzieller Testzentren.

Zugleich gilt es das Engagement unzähliger Kräfte in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes sowie des Ehrenamts zu würdigen – die Organisation der Impfkampagne ab Frühjahr 2021 war ebenso beeindruckend wie der Einsatz vieler Wirtschaftsförderer*innen, Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen, Krisenbetroffene nicht allein zu lassen.

Mich persönlich bestürzte allerdings, dass einige wenige immer wieder versuchten, sichere Informationen über Gesundheits- und Rechtsthemen zu unterbinden, radikale (impffeindliche) Propaganda betrieben und anstrebten, die

Grenzen des „common sense“ gegen die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verschieben. Hier erlebte ich es in meinem Wohnort Salzgitter als heilsam, dass Gewerkschaften, politische Parteien und ehrenamtlich Engagierte etwa im „Arbeitskreis Stadtgeschichte“ klar Stellung gegen Verschwörungserzählungen und für eine menschenwürdige Pflege auf Basis evidenzbasierter Forschung bezogen.

2.3 Historischer Schmerz – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

In vielen deutschen Kommunen war die Solidarität mit dem ukrainischen Volk seit dem 24. Februar 2022 überwältigend. Die Achtsamkeit von Politik sowie Zivilgesellschaft, die Schuld der russischen Regierung zu benennen, ohne das russische Volk oder auch die russische Gemeinschaft in Deutschland dafür zu diskreditieren, zeugte von politischer Reife.

Viele Kommunen – auch mein Lebensmittelpunkt Salzgitter – übernahmen geräuschlos und zielstrebig Verantwortung, indem sie zahlreichen ukrainischen Flüchtlingen, vor allem Frauen und Minderjährigen, Wohnraum boten.

Die Strategien waren dabei unterschiedlich – in einigen Kommunen ging es darum, breite Bündnisse zu schmieden, in anderen war das Krisenmanagement eher Chef*innensache und der Kreis der Beteiligten – auch im Ehrenamt – öffnete sich erst langsam.

Im Gegensatz zu 2014 und den Folgejahren gelang die Integration trotz hoher Fallzahlen schneller und weniger sichtbar, sodass neben vielen Parametern zwischen Ukraine und Deutschland überwiegend ein Lerneffekt unterstellt werden kann.

Die Folgen des Krieges erleben wir seit Spätsommer 2022: Aus der berechtigten Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten und der aggressiven Propagandakampagne aus extremistischen Milieus gegen die Werte unserer liberalen Gesellschaft könnte eine den französischen „Gelbwesten“ ähnliche radikale Bewegung erwachsen, die dem sozialen Zusammenhalt massiv schaden kann.

Hier gilt es Vorsorge für das zu treffen, was passieren kann, aber nicht zwangsläufig passieren muss.

Jeder, der offenen Auges Politik in Deutschland wahrnimmt, sollte erkennen, dass sowohl der Umgang mit Ängsten als auch die konkrete Hilfe in Notlagen elementar bleibt, zum Beispiel beim Zugang zu staatlichen Hilfen oder mildtätigen Angeboten. Hier wird – auch angesichts der akuten Notlage der Tafeln, der befristeten Finanzierung der Stadtteilsozialarbeit oder auch der Deckelung der Förderung von Freiwilligenagenturen in Niedersachsen – weiterer Handlungsbedarf bestehen.

3. LERNEFFEKTE – WAS EHRENAMT BRAUCHT, UM DIE DEMOKRATIE ZU STÄRKEN

3.1 Anerkennungskultur

Engagement läuft nicht von selbst. Es braucht stetige wertschätzende Kommunikation, wie sie in der Flüchtlingskrise seit 2014 etwa in Niedersachsen vorbildlich entstand.

Besonders das Niedersächsische Sozialministerium brachte gute Fortbildungsangebote sowie eine stabile hauptamtliche Begleitung für Ehrenamtliche auf den Weg, sodass Weiterbildungsnetzwerke Stärkung erfuhren, zum Beispiel im Kontext der Freiwilligenakademie. Das habe ich in der eigenen Arbeit sowie in verschiedenen Netzwerken erlebt.

Die hohe Bedeutung der Anerkennung trat auch als Ergebnis einer Befragung von über 12.000 engagierten Bürger*innen durch die niedersächsische Enquete-kommission Ehrenamt zu Tage (Nds. Landtag 2022, S. 79 ff.). Kritisch lässt sich dabei allerdings hinterfragen, warum der Zusammenhang zwischen Anerkennung, Transparenz und Partizipation lediglich in Nuancen Berücksichtigung erfuhr

(ebd., S. 46 ff., 109) – hier sei die These vertreten, dass statt singularer formaler Würdigung stetiges aufmerksames Zuhören und wirksames Unterstützen von Ehrenamtlichen entscheidend für eine Kultur der Anerkennung sind.

3.2 Informationskultur

Unabhängige, qualitativ hochwertige Informationen sind für alle Ehrenamtlichen wichtig. Zu meinem Erschrecken erlebte ich in der Corona-Krise ab Herbst 2020 die Versuche einiger weniger Personen, Verschwörungserzählungen im Ehrenamt zu verbreiten. Der „große Austausch“, Chemtrails oder Corona-Leugnung gehören zu Themen, die auch unter Ehrenamtlichen von einer lautstarken Minderheit verbreitet werden: Dies verwundert nicht – Verschwörungsdenken findet sich nicht nur in sogenannten Randgruppen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Solche Formen der Indoktrination gilt es zum Schutz aller Ehrenamtlichen abzublocken. Validierte Hygienekonzepte sind nicht verhandelbar und gesicherte Informationen dürfen nicht als bloße Meinung relativiert werden (vgl. hierzu wegweisend Popper 1972/1994).

Zugleich gilt es auf allen Ebenen zu erkennen, dass Ehrenamtliche nur dann effektiv Leistungen erbringen können (vgl. Beck 2000), wenn sie als kompetent erkannt und mit ihrem Wissen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden – genauso wie hauptamtliches Personal. In paternalistisch geführten Verwaltungen ist die Sorge noch immer nicht gänzlich verschwunden, dass Information verwirre oder Partizipation zu Mehrarbeit führe. Doch diese Sicht ist verkürzt – Verwirrung oder unnötige Arbeit entstehen, wenn Information und Partizipation schlecht umgesetzt werden.

Ich selbst habe es sehr geschätzt zu beobachten, wie im Sommer 2014 Verantwortliche klar Erwartungen kommunizierten und realistisch Möglichkeiten abfragten, um gute Integrationsarbeit zu gewährleisten. So werden Engagierte als Problemlöser*innen verstanden, die sich aktiv für den sozialen Zusammenhalt einsetzen (vgl. Nds. Landtag 2022, S. 28).

3.3 Vorsorgekultur

Nachhaltigkeit im Ehrenamt bedeutet, dass ich mich heute um die Bedarfe kümmern muss, die morgen drängen werden. In den seltensten Fällen kann ich binnen Minuten Testpersonal für ein Pflegeheim oder Dolmetscher für seltene Fremdsprachen beschaffen.

Auch muss bedacht werden, wie der demografische Wandel Ehrenamt prägt: Viele Engagierte sind älter und stehen nicht unbegrenzt bereit. Nachwuchsgewinnung darf nicht versäumt werden.

In vielen Bereichen agieren begrenzte Personenkreise mit enormem Einsatz, aber die Konzentration führt dazu, dass die gesunde Balance zwischen dem politisch Gewünschten und dem praktisch Möglichen nicht gelingt. Hier gelten Joachim Gaucks Worte: „Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Wenn ich dauerhafte Pools von Ehrenamtlichen schaffen möchte, braucht es langfristige, stetige Kommunikation sowie Strukturen, die es erlauben, ohne moralischen Druck oder verwischte Verantwortungen zu arbeiten (vgl. Nds. Landtag 2022, S. 26, 57 f.): Es muss möglich sein, im Ehrenamt zu pausieren, wenn ein Jobwechsel oder die Familiengründung anstehen. Oder auch im Alter die Form des Ehrenamts reduzieren zu können, ohne Schuldgefühle zu entwickeln.

Gerade Hauptamtliche stehen in der Verantwortung, Ehrenamtliche vor Burn-out oder riskantem Idealismus zu schützen und eine verlässliche Kooperation zu gewährleisten.

Zugleich – und dieser Teil von Nachhaltigkeit beschäftigt viele im Ehrenamtsmanagement – gilt es, bei der Gewinnung neuer Ehrenamtlicher darauf zu achten, dass alle ihr Engagement realistisch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten ausüben können. Die Zeiten, in denen sich alle Ehrenamtlichen in das Prokrustesbett eines fest gefügten, starren Vereins fügen müssen, sind vorbei – und dies braucht man nicht bedauern.

3.4 Verantwortungskultur

Modernes Steuern und Koordinieren lebt von Zurechenbarkeit auch in komplexen sozialen Zusammenhängen (vgl. Benz, Dose 2010). Politik, Verwaltung und jede Form von Hauptamt stehen in der klaren Pflicht, Verantwortung zu tragen, Transparenz herzustellen und so klar wie möglich zu kommunizieren, um demokratieschädigende Prozesse zu vermeiden. Entscheidungen müssen nachvollziehbar, widerspruchsfrei und deutlich sein. Dies bedeutet, im Ehrenamtsbereich Grundsatzdiskussionen aus dem Tagesgeschäft herauszuhalten und in geeignete, geschützte Reflexionsräume zu überführen (z. B. Supervision), sowie eine klare Haltung der Führungsebene. So wichtig es ist, dass das Führungspersonal in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft intern abwägt, diskutiert oder Impulse von außen verarbeitet – Entscheidungen sollten eindeutig und mittelfristig belastbar sein, um Handlungsspielräume zu eröffnen statt Verwirrung zu stiften.

3.5 Wertekultur

Auch unter Ehrenamtlichen gibt es Versuche, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Obwohl großflächige Versuche unterbleiben, das Ehrenamt als Plattform der Agitation gegen liberaldemokratische Werte zu missbrauchen, existieren doch falsch verstandene Auslegungen von Liberalismus, die unterstellen, grundsätzliche Werte seien Privatsache. Dass dem nicht so ist, zeigen gerade die wertegebundenen traditionellen Wohlfahrtsverbände wie Caritas, Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt.

Ehrenamt darf sich nicht scheuen zu benennen, auf welcher Grundlage es steht. Die Agitation radikaler und extremistischer Akteur*innen darf nicht als Normalität begriffen werden. Hier braucht es klaren, aber respektvollen Widerspruch aus einer Haltung heraus, die Demokratie nicht nur als Mehrheitsherrschaft versteht, sondern auch als Rechtsstaatlichkeit auf Basis des Grundgesetzes. Wo die Grenzen des unter Gleichen Zulässigen überschritten werden, bleibt auch weiterhin die Justiz gefragt – etwa bei Volksverhetzung.

3.6 Demokratische Lernkultur

Demokratie leben und lernen muss Querschnittsaufgabe sein – sie eignet sich nicht als Ausstellungsstück für säkulare Feiertage (vgl. hierzu die wegweisende, leider fast vergessene Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und seinen drei Amtsvorgängern vom 14. September 1999). Sowohl die Vielfalt der Begegnungen von Menschen in einer modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft als auch die ernsthaften Ansätze gelingender Partizipation – beispielsweise über das Ehrenamt – bieten sich hierfür an (vgl. Nds. Landtag 2022, S. 11). Gerade auch Ehrenämter in Sport, Katastrophenschutz oder im Sozialwesen sind Kommunikationswege zu jenen in der „beweglichen Mitte“, die sich von verfasster Politik innerlich verabschiedet haben, aber zu aktiven Multiplikator*innen einer demokratischen Kultur werden können, indem sie Selbstwirksamkeit erfahren (vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie 2020). Hierzu braucht es bei allen die Bereitschaft, eine Kultur der Mitbestimmung, der Fairness sowie der Verantwortung zu praktizieren und in Freiheit zu verfeinern.

4. RESÜMEE

Die Herausforderungen unserer Gesellschaft sind auch in der kommunalen Alltagswelt des Ehrenamts spürbar. Das Management der Flüchtlingskrise seit 2014, der Corona-Pandemie und der Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen unterschiedliche Muster der Krisenbewältigung, aus denen sich Grundsätze einer neuen Kultur, Ehrenamt als Eckpfeiler einer liberalen demokratischen Gesellschaft zu stärken, ableiten lassen. Diese erscheinen auch deshalb relevant, weil Krisen in Zeiten demografischen Wandels, ökologischer Veränderungen und digitaler Prozesse als „neue Normalität“ bestehen bleiben. Aus der Praxis heraus erscheinen Anerkennung und Information, Vorsorge und Verantwortung, Wertebindung und Lernfähigkeit dabei als Ansprüche und Anrechte, die an die Führungsebenen in Politik und

(Selbst-) Verwaltung sowie an alle Engagierten in Haupt- und Ehrenamt herangetragen werden sollten, um die Zukunftsfähigkeit des Ehrenamts langfristig sicherzustellen.

Patrick-Simon Kolzuniak arbeitet als Geschäftsführer des FreiwilligenZentrum Salzgitter e. V, das Ehrenämter in der Senioren- und Kinderbetreuung, der Flüchtlingshilfe und anderen Bereichen vermittelt, Ehrenamtliche unterstützt und um eine Anerkennungskultur für sie wirbt. Dieser Beitrag stellt ausschließlich seine persönliche Einschätzung dar.

Literatur

- Beck, Ulrich (Hrsg., 2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur, und Nicolai Dose (Hrsg., 2010): Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesregierung (2022): Gemeinsame Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und der drei ehemaligen Bundespräsidenten zur 50. Wiederkehr der Wahl des ersten Bundespräsidenten am 12. September 1949, veröffentlicht im Bulletin 54-99 am 14. September 1999, [online] www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/gemeinsame-erklarung-von-bundespraesident-johannes-rau-807762 [01.10.2022].
- Gegen Vergessen – Für Demokratie (2020): Die Bewegliche Mitte als Zielgruppe der politischen Bildung, Berlin.
- Niedersächsischer Landtag (2022): Bericht der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“, Hannover, [online] www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_18_12500/10501-11000/18-10800.pdf [01.10.2022].
- Popper, Karl R. (1972/1994): Wissenschaftslehre in entwicklungstheoretischer und in logischer Sicht, in: Ders.: Alles Leben ist Problemlösen, München: Piper, S. 15–46.



**IM DIALOG
MIT DER BEWEGLICHEN
MITTE: HANDLUNGS-
EMPFEHLUNGEN**

LIANE CZEREMIN

Bereits im ersten Band zur beweglichen Mitte der Gesellschaft haben wir drei Kategorien von Zielgruppen identifiziert:

1. Sympathisanten demokratischer Bewegungen, die sich passiv verhalten,
2. Neutrale oder Unpolitische, die sich nicht positionieren möchten,
3. politisch Enttäuschte, die mit rechtspopulistischen Bewegungen sympathisieren und auf der Schwelle zur Radikalisierung stehen.

Über die in diesem Folgebund enthaltenen Analysen haben wir nun versucht, das Profil jener Zielgruppen angesichts der neu gezogenen Konfliktlinien etwa im Zuge der Corona-Pandemie nachzuschärfen. Deutlich wird, dass die neueren Krisen die Notwendigkeit noch dringlicher erscheinen lassen, die gesellschaftliche Kommunikation zu verbessern. Aus unserer Sicht gilt es, hierfür die oben erwähnten Gruppen in der Mitte der Gesellschaft verstärkt anzusprechen.

Finden können wir die Vertreterinnen und Vertreter der beweglichen Mitte überall dort, wo im Alltag Menschen aus verschiedenen Milieus zusammenkommen, etwa in Sportvereinen, bei Interessengruppen, Migrantenorganisationen, Unternehmen, Schulen (Eltern), Gewerkschaften und dabei vor allem in kommunalen Räumen. Die Organisation „more in common“ hat ein Arbeitspapier verfasst, das eine Karte möglicher Begegnungsorte für die Zivilgesellschaft abbildet (siehe: www.moreincommon.de/begegnungszusammenhalt).

Wir schlagen Anbietern von Dialogmöglichkeiten vor, sich auf einen derartigen Raum zu konzentrieren. All unsere Beispielprojekte haben dies getan: der Antirassismusbeauftragte auf die Chemnitzer Stadtgesellschaft und einen für sie bedeutenden Sportverein, das „Mutmobil“ auf den kommunalen Raum Herrenberg, das „Debattencafé Stimmungsbarometer“ auf die russischsprachigen Communities.

Im Folgenden bündeln wir die Ansätze und Ergebnisse der Autorinnen und Autoren als Handlungsempfehlungen für mögliche Gesprächsprojekte unter sechs Aspekten bzw. Fragewörtern:

1. Ziele und Erwartungen (Wofür?)
2. Selbstreflexion (Woher?)
3. Beteiligte Akteure und Zielgruppen (Wer und mit wem?)
4. Orte (Wo?)
5. Themen und Konzepte (Was und wie?)
6. Folgewirkungen (Wie weiter?)

Zur Beantwortung der Fragen greifen wir neben Ergebnissen aus den vorstehenden Beiträgen auch Hinweise aus unserem Fachgespräch auf. Natürlich sind sich die Autorinnen und Autoren sowie Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber dabei nicht komplett einig. Wir möchten jedoch eine Art Mosaik der Herangehensweisen entwerfen, das politische Bildnerinnen und Bildner anschließend wieder so auseinandernehmen können, wie es ihnen sinnvoll erscheint. Zum Abschluss lassen wir die Ausführungen in eine zusammenfassende Checkliste einfließen, die wir Ihnen zur Vorbereitung eigener Dialogformate mit der beweglichen Mitte anbieten möchten.

1. Ziele und Erwartungen (Wofür?)

Einige mögliche übergeordnete Ziele wurden bereits genannt: einen konstruktiven gesellschaftlichen Dialog über Milieugrenzen hinweg schaffen, differenzierte, oft ungehörte Meinungen sichtbar machen, Brücken bauen, Vertrauen in demokratische Institutionen stärken, Sinnhaftigkeit vermitteln und Orientierung bieten. Für die Planung eines Dialogformats erscheinen diese Ziele jedoch sehr allgemein gehalten. Konkretere Ziele einer Veranstaltung könnten zum Beispiel sein: Menschen vor Ort aktivieren, um eine bestimmte gesellschaftliche Herausforderung gemeinsam anzugehen. Oder: Ressentiments zwischen Gruppe A und Gruppe B abbauen, einer vor Ort marginalisierten Gruppe Gehör verschaffen und sie in den Diskurs integrieren. Oder auch nur: herausfinden, welche Themen und Meinungsbilder die Menschen vor Ort bewegen. Wichtig ist, dass die Ziele realistisch sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Bunte Sofa aus Unna, das zu Beginn das Ziel formuliert hat, erst einmal nur mit Andersdenkenden vor Ort ins Gespräch

zu kommen und zu sondieren, ob es gemeinsame Grundhaltungen gibt. (Seite 45). Sei das gelungen, kämen die Leute vielleicht bei der nächsten Veranstaltung wieder und es könne von einem neuen Ausgangspunkt geschaut werden, ob trotz Meinungsverschiedenheiten ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann. Auch das Ziel des Mutmobils war es zunächst, Menschen aus unterschiedlichen Stadtteilen in positiver Weise miteinander ins Gespräch zu bringen. (Seite 48)

Simon Storks und die Studien der Agentur „pollytix“ fassen zusammen, dass eine Verbesserung des gesellschaftlichen Dialogs vor allem über ein wachsendes Verständnis für andere Sichtweisen und eine zunehmende Akzeptanz von Kompromissen erreicht werden könne. Ein schneller „plötzlicher Konsens“ erscheint als Ziel hinsichtlich der emotional aufgeladenen Debatten hingegen unrealistisch. (Seite 15)

2. Selbstreflexion (Woher?)

Bevor ich als Veranstalterin auf meine Zielgruppen zugehe, ist es sinnvoll zu reflektieren, wo ich selbst stehe. Vielleicht entspricht es meinem Selbstverständnis, anderen Menschen als politische Bildnerin besonders welt-offen und unvoreingenommen zu begegnen. Doch wie alle anderen bin auch ich von bestimmten Werten geleitet und habe daraus bestenfalls eine klare Haltung zu dem zu diskutierenden Thema entwickelt. Und ich habe sicherlich persönliche Grenzen des Tolerablen, über die ich mir bewusst sein sollte, bevor ich Gespräche mit Menschen führe, die anders denken als ich. Das Gleiche gilt für die Institution, für die ich arbeite. Den Organisatorinnen des Mutmobils wurde zu einem bestimmten Zeitpunkt bewusst, dass sie aus einer Perspektive der Kernstadt Herrenberg heraus agierten und Unterstützung von engagierten Menschen aus den Stadtteilen brauchten, in denen sie wirken wollten (Seite 50). Auch für Martin Ziegenhagen, den Antirassismusbeauftragten des Chemnitzer FC, war es am Anfang wichtig, als außenstehender Nicht-Chemnitzer seine eigene Rolle und seine Möglichkeiten abzustecken (Seite 63).

3. Beteiligte Akteure und Zielgruppen (Wer und mit wem?)

Aus dieser Selbstreflexion heraus lässt sich anschließend eher schlussfolgern, wen ich noch brauche, um meine Zielgruppen zu erreichen. Alle Beispielprojekte haben Bündnispartner vor Ort gesucht, denen die Menschen vertrauen, so sie nicht schon selbst, wie der Bundesverband russischsprachiger Eltern, über eine gute Vertrauensbasis in der Zielgruppe verfügten. Eine gute Frage in diesem Zusammenhang ist es auch, ob es Akteurinnen oder Akteure gibt, die vor Ort häufig vergessen werden, aber Zugänge zu Zielgruppen eröffnen, die andere nicht haben.

Wenn ich meine Bündnispartner identifiziert habe, sollte ich mir umgehend die Frage stellen, welche Regeln, Logiken und Verhaltensweisen in ihrem Umfeld wichtig sind und wie für sie durch die Beteiligung an meinem Vorhaben ein Mehrwert entstehen kann (Seite 64).

In unserem Fachgespräch wurde immer wieder betont, wie wichtig eine gute Moderation für das Gelingen von Gesprächsformaten zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen ist. Mit der Souveränität des Gesprächsleiters steht und fällt die Chance auf eine konstruktive Diskussion. Deshalb sollte auf die Auswahl ein großes Augenmerk gelegt werden. Je nach Situation kann es sinnvoll sein, jemanden Unbeteiligtes von außen zu holen. Manchmal funktioniert dies aber nicht, etwa wenn die Moderation der Veranstaltung Detailwissen verlangt, das sich Außenstehende erst mühsam aneignen müssten.

Schließlich die schwierigste Frage: In welcher Form wende ich mich an die Zielgruppe, damit sie auch tatsächlich kommt. Einladen sollte die Organisation, die schon über Vertrauen in der Gruppe verfügt. Darüber hinaus kann es sinnvoll sein, sich Typen von Teilnehmenden, die man sich wünscht, einmal in konkreten Beispielen vorzustellen: Wie lässt sich Einzelhandelskauffrau Linda B., 24, davon überzeugen, dass dies eine spannende Veranstaltung für sie ist? Gibt es Hindernisse für ihre Teilnahme, die ich zuerst beseitigen muss? Unter Umständen kann es helfen, unterschiedliche Einladungen zu verfassen, um Menschen gezielter anzusprechen.

4. Orte (Wo?)

Wenn ich Zielgruppen ansprechen möchte, die ich sonst nicht erreiche, kann auch die Wahl eines bislang nicht von mir bespielten Veranstaltungsortes einen Unterschied machen. Möglich wäre es, entweder einen Ort zu wählen, an dem sich die Zielgruppe ohnehin aufhält (etwa Sportverein, Straßenfest, Einkaufszentrum), und dort eine für diesen Ort ungewöhnliche Veranstaltung zu organisieren. Oder ich hole andersherum eine etablierte Veranstaltung an einen ungewöhnlichen Ort. Heike Herber-Fries von der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW nennt als Beispiel für den zweiten Ansatz die Präsentation einer Projektwoche mit Schülerinnen und Schülern, die nicht in der Schule, sondern im Foyer eines Museums stattfand, da Schule und Museum bei der Projektwoche inhaltlich miteinander kooperiert hatten. Heike Herber-Fries: „Es gab ein großes Buffet und Musik, die Eltern und Großeltern konnten ihren Kindern und Enkeln stolz bei der Präsentation zuschauen. Einige von ihnen waren das erste Mal überhaupt im Museum. Zuvor war es für sie ein fremder Ort gewesen, der mit einer hohen Hemmschwelle verbunden war.“

Mit beiden Ansätzen wird die Schwelle für eine Teilnahme gesenkt. Darüber hinaus – so Herber-Fries weiter – sei es wichtig sicherzustellen, dass der Ort für alle gut erreichbar ist. Sie plädiert darüber hinaus dafür, auch im digitalen Raum „dritte Orte“ des Dialogs zu schaffen, an denen Menschen aus ihren „Echokammern“ heraustreten und sich in moderierten Foren mit Andersdenkenden austauschen können.

5. Themen und Konzept (Was und wie?)

Bei der Auswahl der Themen lohnt es sich vor allem, offen zu sein. Die Inhalte sollte ich nicht nach der Maßgabe setzen, was ich selbst wichtig finde, sondern was meine Bedarfsanalyse bezüglich der Zielgruppe ergibt. Vorab sind Überlegungen darüber sinnvoll, welche gemeinsamen Interessen und Ziele die potenziell Teilnehmenden haben könnten (zum Beispiel: Interesse an Fußball oder das Ziel, mehr Zusammenhalt in der Gemeinde zu

schaffen). Ebenso darüber, welche Werte sie vermutlich vertreten. Es ist auch möglich, die Teilnehmenden in die Themenwahl aktiv einzubeziehen oder ein Meinungsbild zu einem bestimmten Thema zu erheben, etwa durch eine Umfrage vor oder zu Beginn der Veranstaltung, wie beim Debattencafé des BVRE (Seite 57). Dies ermöglicht es, sich flexibler auf die Anwesenden einzustellen. Werte eignen sich auch selbst gut als Thema, weil sie meist nicht so polarisierend wirken wie umstrittene Sachthemen (Seite 44). Auch biografische Ansätze wie bei den „Mutgeschichten“ können helfen, eine positive Basis für die Diskussion zu schaffen (Seite 49).

Heike Herber-Fries hat zudem festgestellt, dass das Thema Medienkompetenz die meisten Menschen umtreibt und ein guter Türöffner dafür sein kann, auch über andere Inhalte ins Gespräch zu kommen. „Für alle Menschen ist schließlich die Antwort auf die Frage wichtig, welche Nachricht seriös und welche Fake ist. Für einige ist sogar der Zugang zu seriösen Medien ein Problem, weil sie zu teuer sind.“

Der Umgang mit Medien ist überdies ein Faktor, der eine große Rolle in der Meinungsbildung spielt. So unterscheiden sich Bevölkerungsgruppen auch hinsichtlich der Mediennutzung eklatant. Die Tendenz bei einigen, sich Informationen vor allem über Dienste wie Telegram, Instagram oder Twitter zu holen und nicht mehr über Nachrichtenseiten oder öffentlich-rechtliche Medien, hat mittlerweile großen Einfluss auf den Ablauf von Debatten. Dieser Umstand macht die Förderung von Medienkompetenz umso wichtiger, wie der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen schon vor längerer Zeit festgestellt hat (Bernhard Pörksen: Die große Gereiztheit, 2018).

Ein anderer Ansatz ist der des Debattencafés, bei dem nicht Gemeinsamkeiten im Mittelpunkt stehen, sondern die Lust an der Diskussion über provokante und umstrittene Thesen. Hier ist es Aufgabe der anspruchsvollen Moderation zu gewährleisten, dass die Diskussion in konstruktiven Bahnen verläuft und vorab eingeführte Regeln des Umgangs eingehalten werden (Seite 57). Zentral für die Moderation ist der empathische und fragende

Ansatz, der erst einmal ein tieferes Verständnis für die andere Seite ermöglicht. Ziel ist es, beim Gegenüber einen Denk- und Selbstreflexionsprozess auszulösen. Aktives Zuhören und Ambiguitätstoleranz, also die Fähigkeit, Widersprüche und Mehrstimmigkeiten auszuhalten, sind für eine Moderation genauso unerlässlich wie Dilemmabewusstsein, also die Einsicht, dass jede Meinung auch Nachteile beinhaltet (Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie 112/2022, Seiten 7 und 20). Dazu gehört es auch, als Moderator Positionen einzubringen, die in der Gruppe nicht repräsentiert sind, um einseitige Diskussionen zu vermeiden.

Mit dem Versuch, die Beweggründe von Andersdenkenden erst einmal zu verstehen, kann das Risiko vermindert werden, dass Menschen, die sich selbst als demokratisch bezeichnen, wie in der Corona-Pandemie geschehen, sich dennoch von rechtspopulistischen Bewegungen vereinnahmen lassen. Wie das Autorenteam des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) festgehalten hat, gab es einen Unterschied zwischen dem Selbstbild der Protestierenden und deren Wahrnehmung durch Medien und Sicherheitsbehörden (Seite 28). Wäre man vermehrt der Frage nachgegangen, wie in diesen Gruppen das Vertrauen in Institutionen der parlamentarischen Demokratie wieder gestärkt werden könnte, anstatt sie pauschal als antidemokratisch zu stigmatisieren, hätten die rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteure unter den Protestierenden vielleicht nicht so viele Menschen mobilisieren können.

Schließlich, und das ist nur vermeintlich ein banaler Aspekt, ist bei der Ausarbeitung eines Veranstaltungskonzeptes der Spaßfaktor zu berücksichtigen. Kreative, interaktive Ansätze oder Zwischenaktionen, die der Zielgruppe Vergnügen bereiten, sorgen eher für eine breite Teilnahme als nur das „wichtige Thema“. Beim Debattencafé des BVRE sind es zum Beispiel die Umfragen und vielleicht auch die aufgestellten extra provokanten Thesen, die Spaß machen. Bei einem Fußballverein ist klar, dass nicht nur diskutiert werden sollte, sondern auch Sportaktivitäten mit eingeplant werden sollten.

6. Folgewirkungen (Wie weiter?)

Nach einer erfolgreichen Veranstaltung stellt sich die Frage, ob dieser Erfolg schnell wieder verhallt oder ob er in den Alltag herübergerettet werden kann. Schon vor der Veranstaltung sollte ich überlegen, wie mit den Eindrücken und Ergebnissen der Veranstaltung weiter verfahren wird. Hier ist der Beitrag von Patrick Kolzuniak zur Förderung des Ehrenamtes wichtig. Wie er feststellt, hängt Engagement vom Grad der Möglichkeit ab, wirksam zu sein (Seite 74). Auf lokaler Ebene könnten zum Beispiel Ergebnisse aus einem Dialogprozess im Gemeinderat thematisiert und damit ein Beteiligungsprozess in Gang gebracht werden. Bei den Mutgeschichten aus Herrenberg kümmerten sich Studierende darum, die Erzählungen auszuwerten und aufzubereiten. Später wurden alle Beteiligten ein zweites Mal eingeladen, um sich die Ergebnisse anzuschauen (Seite 51). Diese Veranstaltung war nicht als Abschluss gedacht, sondern als Anfang für einen vertrauensvolleren Austausch zwischen den Stadtteilen. Die Frage nach dem „Wie weiter“ kann aber auch in der Veranstaltung selbst diskutiert werden. Die schlichte Grundfrage heißt: Wie können auf Worte Taten folgen?

Diese sechs Aspekte lassen wir nun in eine abschließende Checkliste für Dialogformate mit der beweglichen Mitte einfließen.

Checkliste für Organisatorinnen und Organisatoren:

- Habe ich realistische Ziele für die Veranstaltung gesetzt?
- Habe ich relevante Akteurinnen und Akteure als Mitveranstalter einbezogen und sind darunter welche, die normalerweise wenig miteinander im Austausch sind?
- Gibt es für alle beteiligten Organisatoren einen Mehrwert durch die Kooperation?
- Habe ich eine Einladungsstrategie, die gezielt auch Menschen erreicht, die sonst häufig vergessen werden?
- Habe ich für die Veranstaltung einen Ort gewählt, an dem auch sonst Menschen aus unterschiedlichen Milieus zusammentreffen? Oder habe ich

eine Veranstaltung, an der üblicherweise Menschen aus unterschiedlichen Milieus teilnehmen, an einen ungewöhnlichen Ort gebracht?

- Habe ich verstanden, bei welchen Themen vor Ort ein Dialogbedarf besteht bzw. welche Themen dazu geeignet sind, Gemeinsamkeiten zu identifizieren?
- Weiß ich, an welchen Formaten meine Zielgruppen Spaß haben könnten?
- Habe ich ein Konzept, wie aus der Veranstaltung kurzfristige und langfristige Wirkungen entstehen können?

Checkliste für Moderatorinnen und Moderatoren:

- Habe ich verstanden, wie die Zielgruppen ticken und was sie bewegt?
- Habe ich reflektiert, wie ich auf diese Zielgruppen sehe und inwiefern ich ihre Werte teile?
- Passt mein Dialogkonzept zu den Zielgruppen?
- Macht mein Konzept Spaß / ist es anregend?
- Habe ich Umgangsregeln für das Gespräch und rote Linien formuliert?
- Habe ich überlegt, wo für die Teilnehmenden jeweils Grenzen des Akzeptablen liegen könnten?
- Bin ich bereit, mich auf die Sichtweisen der Teilnehmenden einzulassen und zu versuchen, diese zu verstehen, auch wenn sie mir vielleicht absurd vorkommen?
- Habe ich mir Mittel überlegt, um mögliche einseitige Dominanzen im Streitgespräch auszuhebeln?

Die bewegliche Mitte der Gesellschaft hat das Potenzial, Anker und Brückenbauerin zwischen verschiedenen Gruppen zu sein. Sicherlich gibt es viele Wege, konkrete Formate für einen gesellschaftlichen Dialog zu entwickeln, der die bewegliche Mitte einschließt. In allen Beiträgen dieses Bandes ist das Ziel deutlich geworden, „mit einer positiven Idee von Gemeinschaft ein Äquivalent zur Misstrauensgemeinschaft anzubieten“, wie Ute Fischer es formuliert.

(Seite 44)

Rechtspopulistische Kräfte versuchen die durch verschiedene Krisen ausgelösten Gefühle fehlender Anerkennung, von Machtlosigkeit und Kontrollverlust für sich zu nutzen, um die Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu diskreditieren. Um dagegen wirksam zu werden, gilt es laut Martin Ziegenhagen, in den Wettstreit zu gehen und sich auf die Stärken demokratischer Regeln des Umgangs und der Kommunikation zu besinnen. (Seite 65) Es geht darum, diese verstärkt zu fördern und so eine neue Basis zu schaffen, auf der Menschen Anerkennung und Selbstwirksamkeit erfahren und dazu aktiviert werden können, sich in ihrem Umfeld für die Demokratie einzubringen. Die Bereitschaft sich für ein gemeinsames Ziel zu engagieren, so konstatiert Ute Fischer, sei in jedem Fall vorhanden. (Seite 44)



DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Helen Ahner forscht am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung über die Geschichte der Gefühle.

Liane Czeremin leitet die Fachgruppe Demokratieentwicklung und Extremismusprävention bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Manuela Epting ist Leiterin des Mehrgenerationenhauses „Treff am See“ der Stadt Böblingen,

Prof. Dr. Ute Fischer lehrt angewandte Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund

Prof. Dr. Edgar Grande ist Gründungsdirektor emeritus des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Sophia Hunger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Swen Hutter ist Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin

Dr. Eylem Kanol ist Vertretungsprofessor für Religionssoziologie an der Universität Münster

Patrick-Simon Kolzuniak ist Geschäftsführer des FreiwilligenZentrum Salzgitter e.V.

Alexander Renz ist Mitarbeiter im Museum der Dinge, Berlin

Dr. Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Simon Storks ist Senior Berater bei pollytix strategic research in Berlin.

Vanessa Watkins arbeitet im Team Beteiligung & Engagement der Stadt Herrenberg.

Michael Weinberg ist Projektkoordinator des Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft beim Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

Martin Ziegenhagen ist geschäftsführender Gesellschafter bei der Beratungsagentur Goldjungs Berlin, wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und ehrenamtlicher Antirassismusbeauftragter beim Chemnitzer Fußballclub.

Die gesellschaftliche Kommunikation muss dringend verbessert werden. Diese Einsicht ist mit den neuen Krisen der vergangenen Jahre noch augenscheinlicher geworden. Es gilt Dialogräume zu schaffen, in denen konstruktive Gespräche zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen Positionen wieder leichter möglich werden. Besondere Zielgruppe hierbei ist die „bewegliche Mitte“ der Gesellschaft, die sich angesichts polarisierender Debatten immer mehr zurückgezogen hat.

Dieser Sammelband vereint wissenschaftliche Analysen und Berichte aus der Praxis und entwickelt daraus Handlungsempfehlungen für politische Bildnerinnen und Bildner, die mithelfen möchten diese Dialogräume zu schaffen – zum Beispiel auf kommunaler Ebene, in Sportvereinen, Migrant*innenorganisationen, Unternehmen oder Gewerkschaften.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Mehr als 2.000 Mitglieder in 40 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich rund 600 Veranstaltungen auf die Beine. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft entwickelt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. konstruktive Lösungsansätze, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten von Demokratinnen und Demokraten zu betonen.

ISBN 978-3-982 4031-9-9

